

Abonnements
werden beim Verlag und besten
bekanntesten Agenten entgegen-
genommen, und zwar zum
Voraus zahlbaren
Wertejahrespreis von:
Mk. 4.00 für Deutschland direkt
per Post (Kontant)
Mk. 2.75 für Österreich direkt
per Post (Kontant)
Mk. 2.— für alle übrigen Länder
des Weltverkehrs (Kontant).

Inserate
die bezugsfähige Zeitzeile
3 Pence — 25 Wg. — 30 Sil.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erste
März 1881
London.
Verlag
der
German Cooperative Publishing Co.
E. Burnstein & Co., London N.W.
114 Kentish Town Road.
Bestellungen
franko gegen franko.
Geldlicher Briefe
nach England sollen Doppelporto.

N. 42.

Beziehe an die Redaktion und Expedienten des in Deutschland und Österreich vertriebenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung unserer Postvorschriften abgeben lassen. In der Regel schick man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Postadressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

19. Oktober 1889.

Noch einmal die Wahlen in Frankreich.

Die verhältnismäßig geringen Erfolge der französischen Sozialisten bei den jüngsten allgemeinen Kammerwahlen haben zu vielfachen Erörterungen in der deutschen Arbeiterpresse geführt. Es will uns jedoch scheinen, als seien nicht alle dabei in Betracht kommenden Punkte genügend berücksichtigt, einzelnen Erklärungsversuchen dagegen eine übergrößte Bedeutung beigelegt worden. Dies veranlaßt uns, noch einmal auf dieses Thema zurückzukommen und nach unsern Kräften zum richtigen Verständnis der Lage des Sozialismus im heutigen Frankreich beizutragen.

Die Possibilisten in Paris und in den Departements:
53,316 Stimmen.

Die nicht possibilistischen Sozialisten in Paris und 20 Departements:
123,003 Stimmen.

Dazu kommen noch etliche tausend Stimmen aus verschiedenen andern Departements, wo sozialistische Kandidaten aufgestellt waren, von denen jedoch genauere Zahlen nicht zu ermitteln waren — das „Journal officiel“ berichtet nur, wer in jedem Arrondissement gewählt ist, und die Zahlen, die die Tagespresse gibt, sind unvollständig — so daß man nicht zu hoch greift, wenn man im Ganzen die auf sozialistische Kandidaten entfallenen Stimmen auf 190,000 bemißt.

Das ist erheblich mehr als nach den ersten Berichten schien, aber wenn man bedenkt, daß in Frankreich der Arbeiter mit 21 Jahren wahlberechtigt ist, daß der Wahlakt an einem Sonntag stattfindet, also die Bedingungen für die Sozialdemokratie bedeutend günstiger sind als in Deutschland, so muß man es doch als eine winzige Zahl betrachten gegenüber der Gesamtzahl der im Wahlkampf abgegebenen Stimmen. 190,000 von nahezu sieben und einer halben Million, also ungefähr 2% vom Hundert, das ist für ein Land mit einer solchen Vergangenheit, für die Heimath der großen Erhebungen des Proletariats unbedingt viel zu wenig.

Welches sind nun die Gründe für diese Erscheinung? Haben es die französischen Sozialisten etwa an Eifer fehlen lassen? Durchaus nicht. Wir glauben sogar behaupten zu dürfen, daß die im Kampf stehenden Sozialisten Frankreichs mindestens ebenso hart, wahrscheinlich aber noch härter gearbeitet haben, als unsere deutschen Genossen. Schon die relative Schwäche ihrer Organisationen bringt es mit sich, daß auf den Einzelnen eine viel größere Arbeitslast entfällt, als in der deutschen Sozialdemokratie. Der Hinweis auf die Schwäche der Organisationen aber ist keine ausreichende Erklärung, sondern nur eine Verschiebung der Frage. Wir stehen vor der Nothwendigkeit, die letztere Erscheinung zu erklären, und eine einfache Uebersetzung sagt, daß die Gründe in dem einen wie in dem andern Falle so ziemlich die gleichen sein werden.

Auch der Hinweis auf die Spaltung, bezw. die Spaltungen unter den französischen Sozialisten besagt sehr wenig. Einmal könnten trotz der Spaltungen die Resultate viel günstiger sein, wie die Wahlziffern der deutschen Sozialdemokratie vor der Vereinigung beweisen, und zweitens sind auch diese vielen Spaltungen, bezw. Zerplitterungen selbst wiederum Erscheinungen sekundärer Natur. Sie sind zwar nicht die direkte Wirkung bestimmter Verhältnisse, aber werden doch durch sie ermöglicht und gefördert, genau wie der feste Zusammenhalt der deutschen Sozialdemokratie weit weniger das Produkt absoluter Uebereinstimmung und Harmonie unter den Genossen ist, als die Wirkung der besonderen Verhältnisse, denen die Sozialdemokratie in Deutschland gegenübersteht.

Weiter wird auf die Heftigkeit des Kampfes zwischen Boulangerismus und Antiboulangerismus hingewiesen, bezw. daß die Frage: Erhaltung oder Sturz der Republik, alle andern Fragen gradezu absorbiert habe. Daß dies der Fall, ist nicht zu leugnen, aber auch diese Erklärung reicht zur Beantwortung unserer Frage nicht aus. Die klarblickenden Sozialisten mußten begreifen und begriffen auch, daß das Geschick der Republik in Gefahr, zum größten Theil schwindel war, und haben schwerlich ermanget, dies den Wählern auseinanderzusetzen. Außerdem haben es, mit sehr wenigen Ausnahmen, die Sozialisten an entschieden antiboulangeristischen Erklärungen nicht fehlen, die Possibilisten sich sogar vollständig von der antiboulangeristischen, einzelne Sozialisten der Provinz, z. B. Jourde in Bordeaux, von der boulangeristischen Strömung tragen lassen. So stehen wir auch hier vor einer neuen Frage: weshalb hat die Sozialdemokratie in Frankreich der Boulangererei und Antiboulangererei nur eine so geringe Widerstandskraft entgegengesetzt?

Schließlich ist zur Erklärung der ungenügenden Wahlerfolge in Frankreich die verhältnismäßig geringere Entwicklung der modernen Großindustrie in Frankreich angeführt worden. Frankreich, wurde dargelegt, hat noch viel mehr Klein- und Mittel-Industrie als Deutschland, vor allen Dingen sehr viel Kunstindustrie, während Deutschland es in Bezug auf die Großindustrie seit Jahren überflügelt hat.

Das ist unzweifelhaft ein nicht zu unterschätzendes Argument, aber wir möchten doch davor warnen, ihm übertriebene Bedeutung beizulegen. Oder vielmehr, es in einer falschen Richtung anzuwenden. Es erklärt die allgemeinen Parteiverhältnisse und politischen Zustände weit mehr als unsere spezielle Frage. Frankreich hat genügend Großindustrie, um eine starke proletarische Bewegung zu besitzen, und der Kapitalismus macht dort seine Herrschaft nicht minder geltend wie in Deutschland. Außerdem vergesse man nicht, welche große Rolle gerade die Arbeiter der Mittel- und Klein-Industrie selbst in Deutschland in der sozialistischen Bewegung spielen. Sie bilden fast überall den eigentlichen Kern der Bewegung, während das Fabrikproletariat meist viel zu abhängig ist, um sich an dem eigentlichen Leben der Partei, an ihrer propagandistischen Thätigkeit etc. zu betheiligen. Unter sonst gleichen Verhältnissen wären die ökonomischen Unterschiede nach unserer Ansicht nicht groß genug, um den Gegensatz zu erklären, den der Sozialismus heute in Frankreich gegenüber dem Sozialismus in Deutschland darbietet. Es treten vielmehr noch eine ganze Anzahl von Faktoren hinzu, die dieses Resultat zeitigen haben.

Da ist zuerst die Vergangenheit, die Vorgeschichte des Sozialismus, die auf die heutige Bewegung lähmend wirkt. Man sollte meinen, das Umgekehrte müßte der Fall sein, diese Vorgeschichte, an großartigen Erscheinungen so reich, müßte eine anfeuernde Wirkung auf jede neue Generation ausüben, die revolutionäre Tradition geradezu selbstzeugend immer neue Kämpfer der proletarischen Befreiungsarmee zuführen. Aber man vergißt dabei, daß auch die Irrthümer der Vergangenheit die Gegenwart beeinflussen, und noch mehr als diese die Rückschlüsse, welche die Bewegung bereits erlitten. Die Kommune, die außerhalb Frankreichs der sozialistischen Bewegung einen so mächtigen Aufschwung gegeben, hat in Frankreich selbst für dieselbe nicht nur die kolossale Blutabzapfung der blutigen Matroche im Gefolge gehabt, sondern lebt dort, und namentlich in Paris, noch in ihren inneren Gegenständen fort. Im Laufe der Zeit verblaßt, sind sie doch noch nicht überwunden und machen sich bei jedem Anlaß von Neuem geltend.

Dann hat Frankreich ein viel kräftigeres Bürgerthum als Deutschland. Das ist einmal Folge seiner ganzen historischen Entwicklung, dann aber auch ganz wesentlich seiner ökonomischen Zustände. Hier stehen wir vor einer Wirkung des oben geschilderten Zurückbleibens, bezw. langsamen Umsichgreifens der Großindustrie in Frankreich. Das Kleinbürgerthum spielt in Frankreich eine größere Rolle als in Deutschland. Bei uns ist es beinahe so weit, daß man sagen kann: der Kleinbürger ist entweder Sozialist oder Reaktionsär. In Frankreich aber gibt es noch ein starkes radikales Kleinbürgerthum, das zwar das Großkapital haßt, aber noch nicht das Bedürfnis fühlt, im Sozialismus anzugehen. Wenigstens nicht im proletarischen. Dagegen ist es zu einem Bündniß mit den Arbeitern wohl bereit, vorausgesetzt, daß diese auf ihre „Utopien“ verzichten und sich mit einigen „durchführbaren“ (possibles) Reformvorschlägen begnügen. So erhalten wir auf der einen Seite bürgerlich-radikale Parteien, die sich das Beiwort „sozialistisch“ beilegen, das heute bereits zu einer landsläufigen Phrase geworden ist, bei der sich keiner etwas denkt und vor der sich vor allen Dingen Niemand mehr fürchtet. Nicht nur die Radikalen, auch die Opportunisten sind als „Sozialisten“ (républicains socialistes) in den Wahlkampf gezogen, denn auch sie treiben „soziale“ Politik, allerdings fragt mich nur nicht, wie. Auf der andern Seite erzeugt dieses Verhältniß — den Possibilismus. Arbeiter, die ursprünglich Sozialisten waren und es in ihrer Vorstellung noch sind, aber im Umgang mit den bürgerlich-radikalen Parteien und in der Tendenz, nur dem „Erreichbaren“, d. h. mit dem bürgerlichen Interesse Vereinbaren nachzustreben, das Gefühl des Klagengegenwartes, wie möchten sagen, ihr proletarisches Gewissen verloren haben.

Anders wäre es gar nicht möglich gewesen, daß Joffrin auch nur einen Tag das Abgeordnetenmandat für Clignancourt behalten hätte, nachdem er bei der Wahl unzweifelhaft unterlegen. Selbst das bürgerliche Wahlkommisariat, das die Stimmen Boulangers für ungültig und in Folge dessen Joffrin für gewählt erklärt hatte, war, wie ein Mitglied desselben, St. Martin, hinterher erklärte, der Ansicht gewesen, „Joffrin hätte unverzüglich erklären müssen, daß wenn er den Buchstaben des Gesetzes für sich habe, er die Wahl der Wähler gegen sich habe und demgemäß auf den Vortheil einer legalen, aber ansehbaren („delicate“) Situation verzichten müsse.“ Und als Antwort wurde ihm im Organ der Possibilisten, dem „Parti Ouvrier“ vorgeworfen, er verteidige im Gemeinderath „mit eiferfüchtiger Sorge die geschätzte Stellung (les immunités) und die Vorrechte der Lastträger in den städtischen Markthallen wider die Interessen der Konsumenten.“

Das sogenannte Interesse der Konsumenten gegen das Interesse der Arbeiter in's Feld zu führen, ist bekanntlich eines der Lieblingsargumente der eingefleischten Bourgeoisökonomien gegen alle Maßregeln des Arbeiterschutzes. Hier aber wird es von Sozialisten gebraucht, und keine Stimme in der eigenen Partei erhebt sich zum Protest dagegen. Das spricht ganze Bände.

Der Sozialismus und der Kampf um's Dasein.

Diese schon so oft von Sozialisten und Gegnern des Sozialismus erörterte Frage erfährt in einem „Sozialismus und Darwinismus“ überschriebenen Artikel Karl Kautsky's im „Österreichischen Arbeiter-Kalender“ eine erneute Untersuchung. Kautsky verfährt die Ansicht, daß „Sozialismus und Darwinismus zwei durchaus getrennte Dinge sind, die einander weder ausschließen, noch nothwendigerweise, wie dies vielfach sozialistischerseits verlegt wurde, in Vereinbarung gebracht werden müssen,“ und seine Beweisführung ist so treffend, daß wir nicht umhin können, die betreffenden Stellen hier abzurufen.

Bei der Untersuchung der Frage, schreibt er, „ob Sozialismus und Darwinismus mit einander vereinbar seien oder nicht, geht man in der Regel von der Voraussetzung aus, daß der Kampf ums Dasein eine absolute Nothwendigkeit für die Entwicklung sei. Ist dem wirklich so? Diese Frage wäre vor allem zu entscheiden.“

Wenn man jeden Kampf als einen Kampf ums Dasein betrachtet, dann wird man diesen überall wirksam finden, wo eine Bewegung vorhanden ist, denn jede Bewegung entsteht durch das Aufeinanderwirken von Gegensätzen, also, wenn man will, durch einen Kampf. Es hat in der That Leute gegeben, die in der Chemie von einem Kampfe ums Dasein der Elemente, in der Astronomie von einem Kampfe ums Dasein der Himmelskörper sprechen. So allgemein genommen, ist natürlich der Kampf ums Dasein auch in der menschlichen Gesellschaft thätig und nothwendig, denn schließlich kann man ja jede Arbeit, jede Thätigkeit als einen Kampf ums Dasein betrachten.

Aber so allgemein genommen, verliert der Begriff des Kampfes ums Dasein jede wissenschaftliche Bedeutung; er hört auf, etwas zu erklären. Darin verstand unter dem Kampf ums Dasein nicht den vagen Begriff eines Kampfes überhaupt, sondern etwas ganz Bestimmtes.“

Kautsky legt uns dar, was Darwin unter dem Kampf ums Dasein in der Natur verstand, wie der große Naturforscher in dem Kampf der Thiere und Pflanzen gegen die ihre Erben und Ausbreitung bedrohenden Gefahren einen Hebel der Entwicklung der Tier- und Pflanzenarten fand — aber eben nur einen, nicht den einzigen. Die geistliche Zuchtwahl, die mit dem Kampf ums Dasein direkt nichts zu thun hat, und die, durch das Eingreifen des Menschen bewirkte künstliche Zuchtwahl seien zwei weitere Hebel derselben. Er fährt dann fort:

„Sehen wir uns unter den Thieren im Naturzustande an, so finden wir, daß der Kampf ums Dasein bei den verschiedenen Arten in verschiedenem Grade wirksam ist. Am wenigsten macht er sich bemerkbar bei den gesellschaftlich lebenden Thieren. Innerhalb einer thierischen Gesellschaft ist der Kampf ums Dasein so gut wie ausgeschlossen. Das schwächere Thier nimmt an dessen Vortheilen ebenso Theil wie das stärkere; es hat dieselbe Bekleiderung, denselben Schutz wie dieses.“ Der Kampf ums Dasein zeigt sich da um so weniger wirksam, je vollkommener, je geschlossener die Gesellschaft ist. Und doch finden wir unter den am höchsten entwickelten Thieren namentlich solche, die in Gesellschaft leben: Bienen, Ameisen, Vögel, Elefanten, Hunde, Affen etc.“

Wir finden also bereits in der Thierwelt zwei Momente, die die Wirksamkeit des Kampfes ums Dasein erheblich einschränken: das planmäßige Eingreifen des Menschen und das gesellschaftliche Zusammenleben; keines der beiden hindert die Entwicklung der Arten; das letztere fördert sie entschieden; das zweite ist in der gleichen Richtung wirksam zu sein.

„Das thut jede Vorgesellschaft, jedes planmäßige Eingreifen des wissenden Menschen in den Gang der Dinge. Dasselbe Argument, das die Herren sozialistengegenwärtigen Darwinianer gegen den Sozialismus vorbringen, gilt gegen jede Gesellschaft, gegen jede praktische Anwendung der Wissenschaft überhaupt. Ein jeder Arzt, der einem Siedchen das Leben verlängert, stört die „natürliche Zuchtwahl“; dasbeie thut die Eisenbahn, die den atmosphärischen ebenso rasch als Ziel bringt, wie den Schnellläufer, dasbeie thut überhaupt jede Maschine, jede Vorrichtung, jede Anwendung der Wissenschaft, die die persönlichen Kräfte des Menschen durch unpersonliche, den verschiedensten Individuen gleich zugängliche, ersetzt. Und ist nicht jede Familie eine Verletzung der Gesetze der Zuchtwahl, in der für die schwachen Mitglieder ebenso, wie noch mehr geizigt wird als für die starken, und ebenso jede Vereinigung, die alle ihre Mitglieds in gleicher Weise schützt? Der Einwand gegen den Sozialismus, er hebe den Kampf ums Dasein auf, ist nicht weniger absurd, als seinerzeit der Einwand, den frommen Leute gegen den Wähler erhoben: er störe den lieben Gott in seinem Amt, da er seine Blüthe von ihrem Ziele ablenke.“

Wenn die Herren Darwinianer Wissenschaft überhaupt verneinen wollen, dann mögen sie mit ihrem Kampf ums Dasein anrücken. Aber es ist lächerlich, ihn bei der Entscheidung der Streitfrage ob Kapitalismus, ob Sozialismus, ins Feld zu führen. Eine Gesellschaftsform, in der die natürliche Zuchtwahl des Kampfes ums Dasein auf ein Minimum beschränkt wäre, gibt es nicht. Die Entwicklung der menschlichen Gesellschaften aber wird durch ganz andere Faktoren, ganz andere Einflüsse bestimmt, als durch den Kampf ums Dasein; sie wird bedingt durch die Formen der Arbeit, der Produktion. In ihrer vollkommensten Gestalt ist die Arbeit etwas ausschließlich Menschliches. „Eine Spinne“, sagt Marx, „verrichtet Operationen, die denen des Webers ähneln, und eine Biene beschämt durch den Bau ihrer Wabenzellen manchen menschlichen Baumeister. Was aber von Bornbergerin den schlechtesten Baumeister vor der besten Biene auszeichnet, ist, daß er die Zelle in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut. Am Ende des Arbeitsprozesses kommt ein Resultat heraus, das beim Beginn desselben schon in der Vorstellung des Arbeiters, also ideal vorhanden war.“ (Kapital, I., 2. Aufl. S. 164.)

Nach ausschließlicher menschlich, da sich in der Thierwelt nicht einmal ein Analogon, etwas damit Vergleichbares, findet, ist die Entwicklung der Produktion infolge der Verbesserung der Produktionsmittel und Produktionsmethoden und des Wachstums der Einsicht in die thierischen Zusammenhänge in der Natur. Die Produktion ist von vornherein gesellschaftlicher Art gewesen und sie wird es immer mehr. Je höher die Produktionsweise, desto umfangreicher die einzelnen Gesellschaften, desto abhängiger der Einzelne vom gesammten gesellschaftlichen Leben. Die Produktionsweise ist es, die die Verhältnisse der einzelnen Mitglieder innerhalb der menschlichen Gesellschaft zu einander, ihre Verbindungen und Gegenläge bestimmt. Der Produktionsprozess ist kein Kampf ums Dasein, und die durch die Produktionsweise erzeugten Kämpfe sind es auch nicht; sie haben mit der Entwicklung der Arten nichts zu thun. Der Produktionsprozess, weit entfernt, ein Kampf ums Dasein zu sein, bedeutet vielmehr gerade die Ausschaltung des Kampfes ums Dasein nicht bloß aus der menschlichen Gesellschaft, sondern auch

*) Es will mir scheinen, als träte bei gesellschaftlich lebenden Thieren in Bezug auf Waffnen, Farbe, Zeichnung u. dgl. mehr der Einfluss der geschlechtlichen Zuchtwahl, bei isolirt lebenden Thieren mehr der der natürlichen Zuchtwahl hervor. (Kautsky.)

aus allen den Gebieten der Natur, zu deren Beherrschung er gelangt ist. Die oben erwähnte künstliche Fruchtbarkeit ist ein Teil des Produktionsprozesses.

Der Kampf ums Dasein bedeutet Anpassung des Organismus an die ihn umgebenden natürlichen Bedingungen. Die Produktion bedeutet Anpassung der natürlichen Bedingungen an die Bedürfnisse des Organismus, zunächst des Menschen, dann seiner Tiere und Pflanzen. Der Kampf ums Dasein ist blind; die Produktion ist planmäßig (wir haben da die technische, nicht die kommerzielle Seite im Auge); der Kampf ums Dasein bedeutet Erzielung eines Maximums unter möglicher Vermeidung, möglichen Leides; die Produktion bedeutet Erzielung des größtmöglichen Maximums mit dem möglichst geringen Aufwand. Entwicklung durch die Produktion und Entwicklung durch den Kampf ums Dasein sind also zwei ganz verschiedene Begriffe. Man kann den einen vollkommen erfassen und doch keinen Dunst von dem anderen haben. Man kann ein großer Darwinianer sein und doch nicht im geringsten den Unterschied zwischen dem modernen und der sozialistischen Produktionsweise wissen, wie man ein sehr gelehrter Zoologe sein kann, ohne etwas vom Unterschied und die Ähnlichkeit zwischen dem Embryo eines Fisches und dem eines Hundes zu kennen.

Jedes Wissensgebiet hat seine eigenen Gesetze, und die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft unterliegt anderen Gesetzen, als die Entwicklung der Arten. Wer über den Sozialismus zu einem Urtheil gelangen will, kann dies nur auf Grund der Erkenntnis der heutigen Gesellschaft und ihrer Entwicklung, nicht auf Grund des Studiums der Entwicklung der Pflanzen und Thierarten. Die Gesetze der Abstammung aus den Gesetzen des Kampfes ums Dasein abzuleiten, ist ungefähr ebenso vernünftig, als die Gesetze des Geldumlaufs nach denen des Stammbaums bestimmen zu wollen. Vergleichen kann zu mehr oder weniger gelungener Spielerei in la Schläffe Veranlassung geben, nie aber eine wissenschaftliche Erforschung des Gegenstandes ermöglichen.

Aus der Reichshauptstadt.

4 Berlin, den 11. Oktober 1889.

Der Sturm im Wale Wasser hat noch immer nicht ausgetobt; der Kampf „Kreuzzeitung“ kontra Bismarck zeigt in seinem weiteren Verlauf wieder einmal deutlich, wie die ganze Politik von persönlichen und Klienteninteressen beherrscht wird, und wie der gefährliche Junker Otto alles aus dem Wege räumt, was irgendwie Miene macht, ihn in dem Besitze seiner fetten Präluden zu fassen.

Es wäre Zeitvergeudung, darüber zu „moralisieren“; die politische Lehre haben wir längst gezeugt und können nur beglückwünschen, wenn unsere Feinde uns immer neues Material liefern, für in den weitesten Kreisen des Volkes Eingang zu verschaffen. Außerdem hat dieser Krach das Gute, daß er nach einem bekannten Sprichwort die Wahrheit an den Tag und dem christlichen Mann zu seinem Recht verhilft. Wer sich den Plänen Bismarcks widersetzt, muß fallen; nach den neuesten Enthüllungen ist es dieses „Naturgesetz“ allein gewesen, dem „Bettler“ Buttamer zum Opfer gefallen, das erbärmlichste aller Spiegelsysteme seines Meisters herabgeworfen ist. Kein altes Weltständnis, wenn auch dabei die Legende vom freimüthigen Kaiser Friedrich dabei etwas in die Brüche geht.

Während die freimüthige Presse in allen Tonarten in die Welt trompetet, daß Buttamer wegen seiner künftigen Wahlumtriebe entlassen werden, und daß die Beilegung des Spiegelsystems aus der eigenen Initiative des kaiserlichen Kaisers hervorgegangen sei, stellt sich jetzt heraus, daß der sterbende Kaiser ein Werkzeug in der Hand Bismarcks gewesen ist. Buttamer, welcher durch sein Eintreten für den antisemitischen Meinelapsus Stöcker, den er in persönlichen Verkehr mit dem damaligen Prinzen Wilhelm und dessen Frau brachte, die intimen und börsenfreundlichen Beziehungen Bismarcks zu Reichsrunder zu fördern drohte, mußte fallen, und da hierzu keine Aussicht mehr war, wenn der jetzige Kaiser an die Stelle seines Vaters trat, so wurde er vorher abgeschlachtet und kann nun „fern von Madrid“ darüber nachdenken, wie gefährlich es ist, dem deutschen Reichskämmerer „in die Suppe zu spucken“.

Die Kreuzzeitung tritt aller Wade stehen nur für den Augenblick in der Gasse; ihr „Konservatismus“ erlaubt ihnen nicht, ihre Heberzeugung weiter zu vertreten, sie antworten dankend die Weißensdienste ihres kaiserlichen Herrn, und dieser, gerührt von so viel Hingebung und Gehorsam, wird ihnen bald wieder sein Ansehen zuwenden, denn für die Dauer kann er doch nicht „die Geistes der Nation“, seinen Adel, „auf der Straße“ liegen lassen.

Der Bundesrath gibt sich alle Mühe, den Reichstag würdig zu empfangen; zur Verhütung des „größten aller Unfälle“ — um mit Graf Waldersee zu reden — soll eine Anzahl von 250 Millionen Mark unter den dauernden und laufenden Mehrausgaben, welche für den Schutz der unterirdischen Ozeane notwendig sind, gefordert werden.

Doch die permanenten Kämpfe nichts weiter sind, als ein fortwährender Krieg gegen die Lebensfähigkeit der Volksmassen, und daß zur Vermehrung und Verhärtung dieses Unfalls nichts weiter nötig ist, als eine vernünftige, eheliche, die Interessen des gesamten Volkes wahrnehmende Politik, wissen die Mächtigen zwar, sie wollen jedoch nicht nach diesen Grundsätzen handeln, weil dann ihre Klassenherrschaft gebrochen, ihrem Ausdehnungsgebiet ein Ende gemacht würde.

Das Kartell hat dieser Tage in Sachen eine Schlappe erlitten; im 11. sächsischen Wahlkreis hat eine Ertragswahl für den Reichstag stattgefunden, bei welcher die „Ordnungsparthei“ ungefähr 4000 Stimmen verloren haben, ein gutes Zeichen für die bevorstehenden allgemeinen Wahlen, welche nicht mehr lange ausstehen.

Die Kartellpresse winkelt schon jetzt, in Rücksicht auf die unausbleibliche Niederlage, um eine Wiederbereinigung der feindlichen Brüder und besagt, daß konservativ und Rationalliberale für die Wahlen die Streitart begraben sollen; als ob es überhaupt noch einen Unterschied zwischen dieser Gesellschaft gäbe.

Nächste Wochen sind in Sachsen Landtagswahlen; unsere Genossen sind thätig an der Arbeit und haben bei dieser Gelegenheit die Mühen für die Reichstagswahl geleistet, welche, wie wir zuversichtlich überzeugt sind, mandanten Kartellbrüder in die Luft sprengen werden.

Vorher soll, wie es scheint, noch der Oberfelder Sozialistenprozess in Scene gesetzt werden; das Oberlandesgericht in Köln hat dem Oberfelder Staatsanwalt, zum Ertrag dafür, daß es 40 Angeklagte seinen Klagen entziehen, den Genossen Webel aus Meßer geliefert und die Anklage auf diesen ausgedehnt.

Da mit Webel von sozialdemokratischen Abgeordneten noch Grillenberger, Harm und Schumacher in den Prozess verwickelt sind, so wird die Gerichtskommission wohl erst nach Ablauf stattfinden und in die Karrenzeit fallen, was in Rücksicht auf die politischen Mittheilungen, auf welche die Anklage sich stützt, als durchaus passend bezeichnet werden muß.

Das Hauptereignis der letzten Tage ist die Anwesenheit „Bäterchen“ in Berlin; endlich ist der langersehnte Tag gekommen, an welchem Alexander und Wilhelm Arm in Arm der Welt zeigen können, daß sie durchaus einig sind — die Kräfte über ihren beachtenswerthen Völkern zu schwingen.

Unter hoher militärischer Bedeckung, behütet von mehreren Schod eigenen und einer ganzen Legion reichsdienstlicher Polizisten hat der russische Autokrat seinen Einzug in Berlin gehalten; so ist er ins Schloß gefahren zu seinem lieben kaiserlichen Bettler, und beim Champagner werden sich die Herzen öffnen und die russisch-deutsche Verbrüderung zur Unterdrückung der Freiheit der Völker eine weitestgehende Förderung erfahren.

Doch übrigens nicht nur der russische Kaiser in bleicher Angit vor einem Attentat zittert, sondern auch sein Freund Bismarck von dieser Furcht befallen ist, beweist, daß für die Zeit seiner Anwesenheit in Berlin in dem Hause des Reichskämmerers eine Polizeiwache errichtet ist.

In den vielen „Geheimen“, denen die Obhut für das theure Leben des gewaltigen Kaisers anvertraut ist, gleichen sich jetzt noch sehr unformale Beamte, und in diesem Geleite wird sich der Fürst Bismarck nun endlich wohl sicher fühlen, oder sollte der Verfolgungswahn gar nicht mehr gehoben werden können? Ein gutes Mittel gegen derartige Verfolgungen soll ein „reines Gewissen“ sein; aber woher nehmen und nicht schämen?

Sozialpolitische Rundschau.

London, 16. Oktober 1889.

Wir erfahren zu unserem großen Bedauern, daß der Zustand unseres schon seit Jahren wiederholten Entschuldigungen angelegentlich Genossen Ignaz Auer sich berart verschlimmert hat, daß die Ärzte ihm jegliche Weisung unterlag und eine ausschließlich seiner Pflege gewidmete Kur für unerlässlich zu seiner Wiederherstellung erklärt haben. Auf ihren Rath wird sich Auer zunächst einer nervenstärkenden Kur in einer Wasserheilanstalt unterziehen und soll sodann auf einige Zeit nach dem Süden übersiedeln. Wir wünschen und hoffen, daß die Befolgung dieser Anordnungen vom besten Erfolg begleitet sein und einer unserer bewährtesten Mitarbeiter so bald als unter diesen Verhältnissen möglich, dem Kampf für die Emancipation der Arbeiterklasse zurückgegeben werden möge.

Nach eine Enthüllung. Aus Deutschland wird uns geschrieben:

Wenn gewisse Leute miteinander streiten, dann kommen, dem bekannten Sprichwort nach, die ehrlichen Leute zu ihrem Recht und — fügen wir hinzu — die Wahrheit kommt an den Tag.

Wir alle wissen, wie das Sozialistengesetz zu Stande gekommen ist. Und in unserer Presse wie von Seiten anderer Vertreter ist hundertmal ausgesprochen worden, daß das Sozialistengesetz im Jahre 1878 Bismarck nicht zu erfassen war, sondern nur ein Vorwand; daß er das „Rothe Gespenst“ nötig hatte, um eine gefürchtete Majorität zu erringen, wozu er mit dem alten Reichstage nicht mehr regieren konnte und mit seiner Politik vollständig in der Sachlage lag.

Nichtrecht vorf schon in seinen ersten Reden über das Sozialistengesetz dem Eisenhüttenrath nachhastlos an den Kopf und eine Widerlegung wurde im Reichstage nicht veräußert. Aber außerhalb des Reichstages, in der ganzen Reichspresse und weit über dieselbe hinaus lebte und blühte die alte Fuge fort, die Sozialdemokratie habe wenigstens die moralische Verantwortung für die Attentate, das Sozialistengesetz sei eine öffentliche Nothwendigkeit geworden, und Bismarck habe den Reichstag, welcher ihm das Sozialistengesetz verweigerte, aufgelöst, um einen Reichstag zu erringen, welcher das Sozialistengesetz bewilligen würde, ohne welches die Regierung nicht im Stande sei, die dem deutschen Reich erforderliche Ruhe und Ordnung zu garantieren und vor allem das jedem Deutschen so theure Haupt des Kaisers zu schützen.

Unsere Auffassung der Dinge fand — Dank diesem raffinierten Kugensystem — im großen Publikum keinen Glauben. Jetzt ist ihre Richtigkeit durch ein unanfechtbares Zeugnis bewiesen worden, nämlich durch das Geständnis des Hauptkuldigen selbst. Natürlich meinen wir damit niemand als den braven Otto, Fürst von Bismarck. Dieser befindet sich, wie die Leser des „Sozialdemokraten“ wohl wissen, seit ungefähr zwei Jahren in einem bestigen Kampf mit dem Grafen Waldersee, dessen Einfluß auf den jungen Wilhelm er fürchtet, und den er um jeden Preis aus seiner Stellung herausdrücken möchte.

Bismarck nimmt das persönliche Regiment im absolutesten Sinn, und hält Beden, der nach dem Schloß-Büffel der großen Staatschuppenhüchel greift oder Schmach verrät, für seinen persönlichen Feind. Er hat schon verschiedene derartige Heranbegehren durchgeführt: die Krone, die Mantel und so fort wissen — oder wußten — ein Lied davon zu singen. Bis hierher war es dem biederen Schuppenjunker, der sich zum Hausmeier der Hohenzollern emporgeschoben hat, regelmäßig gegolten, daß seine Nebenbuhler vom Hals zu schaffen sind und sogar Mantel, der sich der persönlichen Freundschaft des alten Wilhelm erfreute — so weit bei solchen Leuten von Freundschaft die Rede sein kann — wurde durch Hofe verdrängt und in die Reichslände verbannt.

Mit dem Tode des alten Wilhelm ist nun aber die Hausmeierei in's Wanken gekommen; „unser Kris“ unterwarf sich dem Faktotum seines Vaters nur, weil seine Krankheit ihn hinderte, sich seiner zu entziehen; mit der Jungfrau „alte Frau“ will sein eigener Hausmeier, ja sogar sein eigener Reichskämmerer sein. Und bei diesem lässlichen Streben wird er auf's Verhängnis von dem Grafen Waldersee unterhütet, der den geheimen Hintergedanken hat, das einträgliche Hausmeier- und Reichskämmerer-Amt für sich selber zu ergattern. Auch noch andere Leute helfen in diesem Kampf gegen den sich an seinen Posten klammernden Bismarck, z. B. Herr v. Hafffeldt, der ebenfalls unter seinen „Nachfolgern“ genannt wird. In neuester Zeit ist indeß Graf Waldersee der einzige „kommende Mann“, der in den Vordergrund getreten ist, und auf ihn konzentriert sich darum die ganze Wuth des „gebenden Mannes“, der aus dem Hinterhalte heraus einen Stincktopf nach dem anderen gegen den verhassten Kontrahenten um die Schuppenhüchel hin und her schleudert.

Der letzte Stincktopf wurde aus den Feinheiten des „Hamb. Korresp.“ entleert — eines Blattes, welches einst anfänglich war, jedoch seit es in die Bismarck'sche Gesellschaft gerathen ist, solche Fortschritte in der „geistigen Ausbildung“ und „sittlichen Führung“ gemacht hat, daß es von keinem anderen Heftel übertrifft und nur noch von der „Nordd. Allg. Ztg.“ und der „Allg. Ztg.“, diesen beiden vornehmsten Schuppenhaken des Reiches der Gottesfurcht und frommen Sitze, erreicht wird.

Wohlan, in dem letzten Stincktopf, der, wie eine Krutze des Jubels mit Aufschluß jeden Zweifels ergibt, von seiner Reichskämmererlichen Erziehung höchstgenügend gefüllt worden ist, befindet sich folgende Botschaft (nachdem vorher von allerhand verläumdlichen Angriffen und Beschuldigungen gegen das arme Volk von Reichskämmerer die Rede gewesen):

Die Verträge, den Ministerpräsidenten (so spricht Fürst Bismarck in der Regel von sich selbst) durch Verhandlung zwischen der liberalen Mehrheit und verschiedenen Mitgliedern des Staatsministeriums zu verewaltigen, gaben in den Jahren 1876-78 den Anlaß zu verschiedenen Modifikationen im Bestande des Staatsministeriums, und die Herbeiführung neuer Reichstagswahlen im Jahr 1878 war kein aggressiver, sondern ein defensiver Schachzug des Ministerpräsidenten gegenüber der Koalition eines Theils seiner Kollegen mit der liberalen Mehrheit des Reichstags.

Kein Wort von den Attentaten, kein Wort von dem Sozialistengesetz. Die Auflösung im Jahr 1878 war ein „Schachzug“ des Fürsten Bismarck und hatte einzig und allein zum Zweck, die Koalition eines Theils seiner Kollegen mit der liberalen Mehrheit des Reichstags zu sprengen! Dixit! Er selber hat es gesagt. Und wenn Er sich und seine Leute als „Pagner“ hinstellt, dann läßt er sich nicht an.

Unsere Genossen im Reichstage werden gewiß nicht verfehlen, von diesem Geständnis den ausgiebigsten Gebrauch zu machen, wenn es gilt, das Sozialistengesetz und seine Urheber an den Schandpfahl zu nageln.

Bei dieser Gelegenheit sei übrigens erwähnt, daß das „neue“ Sozialistengesetz wieder in die Verlesung gelangt ist. Der Bundesrath hat sich noch gar nicht damit beschäftigt, sogar nicht einmal das preussische Ministerium — das ist die jüngste Lesart. Auch sie bekräftigt nur die grenzenlose Verwirrung und Rathlosigkeit in den obersten Regionen. Die Schwierigkeiten, welche das Sozialistengesetz und die Frage: ob es aufzuheben, beizubehalten oder abzuändern, an sich darbietet, sind nichts verglichen mit den Schwierigkeiten, die der „kommende Mann“ dem Grafen Waldersee bereitet.

Graf Waldersee bleibt keinen Hieb schuldig; die „Kreuzzeitung“ verleiht einen Pfeil nach dem andern; und Graf Waldersee selbst, der gewöhnliche Kriegsbegehler, mit der ihm eigenen Unverfrorenheit kriegerischer Geistes bezeugt, hielt dieser Tage in der Unfallverhütungsausstellung eine hochartige „Friedens-Rede“, in der er den Krieg als den schlimmsten aller „Unfälle“ hinstellte, den die Völker um jeden Preis verhüten müßten. Weißlich ein recht vernünftiger Gedanke; nur müßte man, um ihn zu verwirklichen, den „kommenden Mann“, mit seinem dem „gehenden“ und Allen was an ihnen hängt, nebst ihren Kollegen in den anderen Ländern auf ein Schiff verladen und nach irgend einer einhaken Insel des Meeres verbracht, wo sie ein Robinson Crusoe-Dasein führen müßten. Allerdings wäre es nöthig, daß die Küsten der einsamen Insel sorgfältig bewacht würden, damit

*) Der Artikel ist von einem Herrn Dr. Bauer eingeleitet, welcher ihn von einem Manuskript abschrieb, welches ihm Herr Binder geschickt, welcher es von einem gewissen Kamand erhalten, welchen Jober kennt. Der obige Missgeheimnis und die genaue Verlogenheit bezeichnen den Verfasser mit genügender Deutlichkeit. (Neuerdings widerrufen, Red.)

keiner der Herren von den „Wilden“ und wildgewordenen Völkern in seiner beschaulichen Ruhe gestört werden kann.

— Ein ganz unverbesserlicher Patron — schreibt man uns — ist doch der Herr Eugen Richter. Der famose Organisator der Niederlagen seiner Partei hat dieser Tage in einem „deutschfreimüthigen Arbeiterverein“ zu Charlottenburg eine Rede gehalten über das Thema: „Fürst Bismarck und die Lebensmittelpreiserhöhung“. Neues sagte er bei dieser Gelegenheit nicht, allein, so weit das sehr dankbare, darum aber schon ausnehmend abgeklärte Thema in Frage kam, sagte er die alte Weisheit wenigstens recht gut zusammen, was indeß mehr das Verdienst seines Faktotums Parisius ist, denn sein eigenes. Allein das genügt dem Herrn Eugen nicht — er mußte seiner blinden Wuth auf die Sozialdemokratie, die nun einmal das unverzeihliche Verbrechen begangen hat, ihm seine freischülerischen Fäulnis zu verjähren, in der bekannten Rumpfschmier Luft machen. Und da passierte es ihm denn, daß er dem Herrn Eugen eine Gemeinheit entlocken ließ, die seit Jahren selbst der konservativen und nationalliberalen Presse zu gemein geworden ist: er hob die Attentate des Jahres 1878 der Sozialdemokratie in die Schuhe! Vermuthlich leitete ihn dabei der Gedanke, die schädliche Rolle, welche er im Jahr 1884 gelegentlich der damaligen Verlängerung des Sozialistengesetzes spielte, vor seinen Zuhörern rechtfertigen zu wollen. Herrn Eugen Richter ist es aus praktischen Gründen sehr fatal, daß er in den Vätern des Sozialistengesetzes gehört, oder richtiger ausgebrüht hat, er der Vater des jetzt bestehenden Sozialistengesetzes ist. Ohne ihn wäre das Sozialistengesetz im Jahre 1884 abgeschafft worden. Das ist eine Thatsache, die durch keine Denksprüche und Verdrängung umgehoben werden kann. Selbst die „Voss. Ztg.“, ein Organ seiner eignen Partei, muß das in ihrer Nummer vom 1. Okt. ds. J. angeben. Die „Voss. Ztg.“ schreibt die Wahrheit gemäß: „Bei der maßgebenden Abstimmung am 10. Mai 1884 stimmten vom Centrum 38, von den Deutschfreimüthigen 27 Mitglieder für die abermalige Verlängerung, die mit 189 gegen 157 Stimmen angenommen wurde. Es war dies“, wie die „Voss. Ztg.“ weiter bemerkt, „die gefährlichste Probe, welche das Ausnahmegesetz während seiner ganzen Geltungsbauer zu bestehen hatte. Es ist richtig, daß, wenn die freimüthige Partei damals zusammengeholt hätte, das Ergebnis 184 Stimmen gegen und 162 für die Verlängerung gewesen wäre.“ Was die „Voss. Ztg.“ zur Abschonung dieser Thatsache noch weiter vorbringt, hat kein Interesse für uns. Die Thatsache reicht hin. Und wir haben nur noch hinzuzufügen, daß das Sozialistengesetz, wäre durch ein vernünftiges Votum die Auflösung des Reichstages herbeigeführt worden, aller menschlichen Voraussicht nach endgiltig beseitigt gewesen wäre. Denn die Stimmung der Wählerschaft war damals eine solche, daß Bismarck sicherlich keine Majorität für die Verlängerung erlangt hätte. Hat doch neuerdings die „Voss. Ztg.“ sich offen ausgesprochen, daß es ein „großer taktischer Fehler“ wäre, die Frage des Sozialistengesetzes zur Wahlparole zu machen. Und was in dieser Beziehung für heute gilt, das galt auch für damals.

Doch aber die Deutschfreimüthigen im Jahr 1884 dem Sozialistengesetz die Mehrheit gaben, war ganz wesentlich das Werk des Herrn Eugen Richter, der nicht nur in seiner Fraktion einen Beschluß für gefällige Abstimmung gegen das Sozialistengesetz verhandelte, sondern auch, da er befürchtete, die Deutschfreimüthigen Stimmen genügen zum Siege des Sozialistengesetzes, die bekannten, lange gelangenen schließlich aber schwach auf weich nachgewiesenen „Abkommandierungen“ anordnete.

Wenn Herr Eugen Richter jetzt noch das Bismarck'sche Postzeimärchen von den „Sozialdemokraten“ Hölle und Abstieg weidreitet, so sagt er übrigens damit nur dem psychologischen Geleg, welches „die böse That“ fortzulegen läßt, um aus eines Schiller'schen Ausdruck zu bedienen. Von der Gemeinheit des Vorgehens wollen wir nicht weiter reden — bei Herrn Eugen Richter ist man an nichts besseres gewöhnt — aber das Vorgehen beweist auch die vollständige Unfähigkeit des Herrn Richter zur Parteiführung. Wie kann ein Mensch, der so wenig auf Wahrheit und Anstand hält, auf die Achtung Anspruch machen, deren ein politischer Vorkämpfer unter seiner Bedingung entbehren kann? Und wenn man nun gar noch bedenkt, daß dieser aufgeblasene Frosch eine Partei verläumdet, um deren quädelige Unterstüßung er schon wiederholt gebittet hat, und auch in Zukunft noch mondanal wird betteln müssen!

Der Hohn des Herrn Eugen gegen die Sozialdemokraten ist eine Art Adhulation — oder nein, nicht Hohn, sondern Angst ist es; das Rothe Gespenst ist noch nicht ganz verlassen — die Panzer und Spießbürger glauben nicht mehr daran. Aber einen Gläubigen gibt es doch noch: den großen Eugen Richter, der bekanntlich ein arger Nektar vor dem Herrn ist, und in Aufregung geräth, wenn das Wort Sozialdemokratie genannt wird, weil dann vor seinen entsetzten Vätern sofort das fürchterliche Rothe Gespenst aufsteht. Und das gerberet sich als „Volltribun“, und will das deutsche Bürgerthum zum Kampf gegen Junkerthum, Pfaffenthum, Polizei und Militarismus organisiren!

Geh in ein Kloster, Heber Eugen! oder in ein Stahlab, wo deine Nerven etwas gestärkt werden.

— Die Abderrung der Strafen, die „Bäterchen“ in Berlin zu passiren hatte, war nach den Angaben Berliner Blätter gradezu in's Lächerliche übertrieben und die — Berliner — Polizei verfuhr dabei dem Publikum gegenüber mit einer Rücksichtslosigkeit, die allerdings echt russisch war. Stundenlang waren die Hauptverkehrsader der Stadt gesperrt. Wir haben eine literarisch weinende alte Frau“, schreibt ein Berichterstatter der „Berl. Volksz.“, welche um 11 Uhr zu einem Termin in Potsdam sein sollte und nach zweifelhafte Warten um 12 Uhr — fast eine Stunde nach der Ankunft des Jaren — am Brandenburger Thor noch immer „Späßer bildete“. Nur die Offiziere mit ihren Damen, ja selbst gemeine Soldaten wurden zuvorkommend hindurchgelassen, während dem Publikum noch lange jede Passage verweigert war.

Uns wird darüber noch geschrieben: „Die ganze verfügbare Polizei- und Spigelarmee des deutschen Reichs war auf den Beinen, um diesen Jähzorn, der den Jähzorn-Whaunium nicht mehr bekommen kann, vor Gift, Dolch, Kessel und Dynamitbombe zu beschützen. Wer noch an die Majestät der Majestät glaubt, dem muß man diesen uniformirten Wüstherrn mit dem schönen Blick eines geborenen Wilden zeigen, ein Bild des Jammers, jedoch nicht Mitleids hervorrufend, sondern Gefel und Abcheu. Der „Gottschalksches“ ist übrigens eine sorgfältige Jankite: „Bäterchen“ wohnt in der russischen Gesandtschaft, nicht im kaiserlichen Palais, ist also nicht „Gott“ des Kaisers sein; wenn unser Kaiser auf den Frieden und das gute Götternehmen toastet, so antwortet er mit einem Toast auf die Gesundheit der kaiserlichen Familie. — und was dieser Hegeleien mehr sind. Kurz — eine nette Gesellschaft. Es verhält sich, daß das Publikum — von den Kaisern, Königen, Fürsten, Ministern und Spigeln abgesehen — sich um den Jarenbesuch gar nicht kümmert.“

Das sich Bäterchen dabei „ganz wie zu Hause“ fühlte, braucht nicht erst gesagt zu werden.

— Bäterchen's Anwesenheit in Berlin soll zu einer Annäherung zwischen dem Berliner und dem Petersburger Hof geführt haben, schreiben die Offiziere. Doch der am Berliner Hof herrschende Geist des Halbasiaten Alexander sehr ungeliebt hat, glauben wir, aber von da bis zu einem Bündnis ist's noch ein weiter Schritt. Es ist wahr, gleich und gleich gesellt sich gern, aber von dieser Regel machen fast die blutigsten Ruchstiere eine Ausnahme.

Uebrigens brauchen wir nicht erst zu sagen, daß wir ein deutsch-russisches Bündnis für das größte aller Uebel halten, die dem deutschen Volk, wie auch dem russischen, passiren könnten. Einmal, weil dieses Bündnis weiter nichts wäre, als eine permanente Verlesung gegen die Freiheit der Völker, und zweitens, weil es nicht einmal eine materielle Erleichterung, eine Abnahme der Militärkosten, eine Beseitigung der Kriegesgefahr bedeuten würde. Im Gegentheil. Wenn Japan und Tigris ein Bündnis schließen, dann weiß ein Jeder, daß es nur auf Zeit ist, und daß bei der ersten Gelegenheit die „lieben Völkern“ einander wieder in den Spaten legen werden.

Die vom Schweizerischen Bundesrat einberufene Konferenz für die internationale Fabrikarbeiterbewegung hat nach ihrer Mitteilung des katholisch-sozialistischen Nationalrats Decurtius im ultramontanen Luzerner Vaterland wenig Aussicht, zustande zu kommen. Von allen auf dem Herbstjahr 1890 eingeladenen Vätern habe nur Belgien geantwortet, dieses freilich in zustimmendem Sinne. Die leitenden Staatsmänner Europas seien namentlich auch ob des Pariser Sozialistenkongresses verstimmt, welcher die internationale Fabrikarbeiterbewegung zu seiner Parole gemacht habe. Dazu bemerkt der St. Galler Stadtanzeiger:

Das ist wieder einmal ein trügerischer Standpunkt. Wenn also die Sozialisten auf den Pariser Kongressen (denn es fanden beinahe alle solche statt und nicht bloß einer) den Beschluß gefaßt hätten, sie wollten nichts von der internationalen Arbeiterbewegung wissen, es sei nichts mit derselben, sie sei parlamentarischer Schwärmerei und helfen könne nur die blutige Revolution, der gewalttätige Umsturz der heutigen Gesellschaft, dann hätten Bismarck und Kappeler bei der Konferenz nicht gewagt. So aber wollen sie nicht in dem Sinne sein.

Und das soll man den Herren glauben? Als ob sie nicht wüßten, daß die Idee der internationalen Fabrikarbeiterbewegung nicht sozialistischer Natur ist. Als ob unter Bundesrat das dächte, darum mit den Sozialisten gemeinsame Sache zu machen, weil er den Gedanken zu verwirklichen gedenkt. Als ob nicht die Apostel des gewalttätigen Umsturzes im allgemeinen und die Anarchisten im besonderen die deutschen Sozialdemokraten eher gerade deswegen als heiligste bekämpften, weil diese mit aller Energie für die internationale Fabrikarbeiterbewegung eingestanden sind und derselben so in der Arbeiterwelt zum Siege verhelfen wollen. Zum Dank dafür, daß die Sozialdemokraten mit Unterstützung aller Kräfte, trotz aller ihnen Tag für Tag zugesetzten Unbill, für die friedliche Fortentwicklung unserer gesellschaftlichen Zustände eingetreten und daß sich so der Pariser Sozialistenkongress zu einer gründlichen Niederlage der Anarchisten gestaltet, weiß man nun die internationale Arbeiterbewegung schon von der Hand.

Mit den Sozialdemokraten will man also keine Gemeinschaft haben, dafür aber mit den Anarchisten. Bobin das führen muß, lehrt die Geschichte auf jedem Blatt. Wer wollte jedoch den Nachbarn der Erde zuzumuten, daß sie von der Geschichte etwas lernen sollten? Nun, wer nicht hören will, muß fühlen. Inzwischen mögen die Arbeiter aus der Weigerung der Nachbarn, für den wirksamen Arbeiterkongress etwas zu thun, eine Aufforderung herausziehen, um ihrerseits sich thätig zu rühren. Klopft an, so wird Euch aufgethan.

Bei uns werden solche Gesetze nicht bloß erlassen, sondern wenn sie einmal verfaßt sind, auch streng durchgeführt. — So erlaßt es regelmäßig aus dem Munde der Bismarcke, der Buhl, der Hoffmann — und wie die Vorkämpfer und Agenten des kapitalistischen Ausbeutertums sonst noch heißen mögen — um der Frage des internationalen Arbeiterkongresses, sobald der Tag der Entscheidung steht. Mit diesem Einwand wollen sie die beschämende Thatsache beschönigen, daß in Deutschland der gesetzliche Arbeiterschutz nicht hinter dem anderen Länder zurück ist. In Wirklichkeit ist es nicht als erbärmliche Heuchelei, denn die „Strenghaltung“ und „Wirklichkeit“ der deutschen Behörden hört da auf, wo — der Geldsack und seine Interessen in Frage kommen. Da werden, wenn der Geldsack gereizt würde, die typischen Ehren taub, die stärksten Augen blind.

Wir lesen im Sächsischen Wochenblatt: Pulst in der mechanischen Weberei von Nummer 2386 kam vor Kurzem der 14jährige Schützlinge Fille in die Weberei-Maschine, wobei ihm von der rechten Hand sämtliche Finger halb weggerissen wurden. Das der Fabrikant Nummer 2386 Kenntnis von der Ungeheuerlichkeit hatte, welche er durch die Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren befragt, beweist er nach diesem Unglücksfall die Minderjährigen fortsetzt. Es verdient so ein junger Fabrikant bei solch schändlicher Arbeit 1 Mark bis höchstens 1 Mark 50 Pf. Nicht genug, daß diese Schicksale ihre freien Stunden offen lassen, auch ihre gefundene Glieder müssen sie den Selbstzwecken der Fabrikanten preisgeben, einfach, weil wegen des geringen Verdienstes der Eltern noch auf die paar Pfennige der Kinder gewartet wird. Die Gewerbeordnung wird hier von dem Fabrikanten meist nicht beachtet, denn sämtliche jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren arbeiten hier am Orte länger als 10 Stunden.

Und die Polizei — überwacht die Arbeitervereine! Dem Tod als Herrscher ist jetzt der Tod als Erlöser gefolgt. Unsere Leser erinnern sich der famosen Paraphrasierung des Präfekten von Berlin „Mors imperator“ seitens der Anstaltungs-Kommission der Berliner Künstler. Was den Priestern Apollo's Recht ist, ist den Priestern Jesu billig, dachte der Gemeindefreiwort der St. Georgengemeinde in Berlin und erklärte, daß folgende Inschrift auf einem Grabsteinmal:

„Ich glaube an einen Erlöser — an diesen muß jeder Mensch, welcher Konfession er angehören mag, glauben — und das ist der Tod; er erlöst von allen Leiden.“ dem Bekenntnis unserer evangelischen Kirche und der Gemeinde, auf deren Kirchhof das Denkmal errichtet ist, geselliglich widerspricht und daher zu bestrafen“ ist.

Schade, daß man diese fanatischen Heberklärungen nicht, ihrem „Bekennnis“ gemäß, eifrig Hebel nach ihrem Tode an den Hals wünschen kann, oder die schlimmste aller Strafen: das „ewige Leben.“ So ist's Recht: nur heraus mit der Wahrheit. In Cleveland, amer. wir im „Östl. Tageblatt“, sagte dieser Tage einer der unerschlichen amerikanischen Redner, derjenige, den „heiligen Andreas“. Dabei wurde auch über die Arbeiterfrage diskutiert und dem Bericht des Anzeigers zufolge wurde sich dabei ein Dr. Holland von St. Louis, gegen die vom Atheismus und Unwissenheit erzeugte „Vorrede: „Alle Menschen sind gleich geboren.“ Die Idee, daß Gott alle Menschen gleich geschaffen habe, sei dem Abendland und der Weltwissenheit längst entwandener Zeiten entsprungen. Es sei das Geistes Gottes, daß Einzelne mehr sein sollen als Andere, und aller Anarchismus, Kommunismus und Atheismus die Werkzeuge dieses Geistes sind. In den Vereinigten Staaten werde der Grundlag der Gleichheit aufrecht erhalten und Volkswill und Meinungen hätten nicht den Platz, die Wahrheit zu sprechen, weil die Meinungen hätten der Gleichheit das Stimmrecht begeben. Er sehe den Himmel an, daß wenigstens die Gleichheit sich von der Furcht vor dem Stimmrecht nicht einschüchtern lasse.

Soweit dieser Doktor. Was er da auszusprechen wagt, das denken die „besseren Klassen“ durchweg, nur wagen sie es nicht, offen zu sagen. Die Idee, daß alle Menschen gleiche Rechte haben sollen (denn so ist doch die etwas ungeschickte Phrasologie der Unabhängigkeitserklärung gemeint), ist den Vätern, welche mit dem goldenen Löfel im Munde zur Welt gekommen, ein Greuel. So lange noch dieser Satz so ausgelegt werden konnte, daß damit bloß die „Gleichheit vor dem Gesetz“ verstanden worden sei, socht er die „besseren Klassen“ nicht besonders an. Aber jetzt, da die Massen sich anschicken, ihn zur Begründung ihres Rechtes auf einen Antheil an die Herrlichkeiten dieser Welt geltend zu machen, möchte man ihn am liebsten aus der Welt schaffen. Nachwärts, Don Rodrigo, ist die Lösung. Auch es geht nun einmal nicht mehr!

Wir haben diesen Bemerkungen unseres Präsidents nur den einen Zusatz anzufügen: Nichts doch alle, bis wie dieser Dr. Holland denken, auch so ehrlich sein wie er. Es würde uns Vieles besser.

In fortschrittlichen Zeitungen ruft jetzt ein Artikel, betitelt: „Sind alle Arbeiter Sozialdemokraten?“ Der Verfasser — ein Anonimus, habe, daß er sein Recht unter dem Schutze gestellt hat — kommt unter dem Aufwande vieler Geschwätz und großer Schärffinn zu dem trügerischen Satze, daß die Frage mit Nein zu beantworten ist. (In der That!) Wozu die ehrsüchtige Abwärtigkeit? Er hätte das weit leichter haben können. Statt mit schwärzender Strafrechtung ein solches Thor einzustreuen, hätte er bloß zu lesen brauchen, was wir Sozialdemokraten über Wahlen und Wahlberechtigung schon hunderte Male geschrieben haben. Nämlich, daß die Wehrzahl der Arbeiter in ihrem und ihrem Schaden — noch nicht sozialdemokratisch ist, sich aber auf dem besten Wege befindet, es zu werden. Sind wir nun auch in der That solche mit dem Verfasser seines Artikels einverstanden, so müssen wir keinen Schlussfolgerungen abzugeben unterlassen. Der Herr meint, die Arbeiter, welche nicht Sozialdemokraten sind, wären für die Fortschrittspartei zu gewinnen. Das ist nun ein dicker Irrthum, der dem fortschrittlichen Artikelreiter ungeachtet der Entschiedenheit, die fortschrittlichen Arbeiter, die heute schon in ein paar Dutzenden zu finden sind, werden sehr bald noch dünner geist sein. Wie die Lage der Dinge heute ist, muß jeder denkende, zum Massenbewußtsein erwachte Arbeiter Sozialdemokrat werden, er mag wollen oder nicht; die anderen sind vorläufig „Stimmvieh“ der reaktionären Parteien. Wer so weit kommt, nicht mehr „Stimmvieh“ sein zu wollen, und sich von den reaktionären Parteien abwendet, der bleibt auch nicht auf dem halben Wege der Sozialisten stehen, sondern geht gleich den ganzen Weg zur Sozialdemokratie, der ganzen Partei.

„Wenn die Könige bauen etc.“ 61 Generale und 153 Stabs-Offiziere sind im vorigen Jahre nicht pensionirt worden. Mit Verwinden im Vorhinein nicht aus Altersschwäche, sondern weil das neue System, das der „neue alte Krieg“ eingeführt, ungeheuer neue Kräfte erfordert. So hat der deutsche Stenerzahler auf jeden Fall einen Vortheil von demselben: er darf jährlich etwa eine Million — für Nichts ausgeben.

Die Beschäftigung von Kindern und Minderjährigen in Fabriken greift im Laufe der „Sozialreform“ in tolosalem Maße um sich. In Preußen allein hat sich die Zahl derselben seit 1880, also in acht Jahren hundertfach verdoppelt. Man höre nur:

	Kinder jugendl. Arbeiter		zusammen
	männl.	weibl.	
1880	3181	1614	4795
1884	3753	1914	5667
1888	4019	2206	6225

Dazu kommen noch das Königreich Sachsen mit 11,000 Kindern (also noch mehr wie Preußen) und 27,000 jugendlichen Arbeitern und Südwestdeutschland mit 3605 Kindern und 32,997 jugendlichen Arbeitern, so daß bereits ohne die thüringischen Industriestaaten und die Hansestädte, für die die Zahlen uns fehlen, Deutschland im Jahre 1888 mit einer Armee von 178,901 kindlicher und jugendlicher Fabrikarbeiter — von der Kinderarbeit in der Hausindustrie ganz zu schweigen — aufwartet.

Alle Schuld rächt sich auf Erden. Die ungeheure Unverschämtheit, mit welcher sich vor drei Jahren in den „Vereinigten Staaten“ im Prozeß der Chicagoer Anarchisten und Behörden über alle Gesetze hinweggegangen, hat nämlich ihre Strafe gefunden, die den Vertretern des Gesetzes sehr unangenehm wurde. Unsere Leser werden sich an die Ermordung des hiesigen Amerikaners Dr. Cronin durch seine politischen Gegner gefehen haben, sowie, daß die muthmaßlichen Mörder, Campbell und Burke, bereits eingekerkert sind und vor die Jury gestellt werden sollen. Um nun das Beweismaterial gegen die Genannten zu entziffern, brach vor etwa drei Wochen ihr Vertheidiger mit noch drei Personen in das Hauschen, in dem der Mord geschah, ein und schritt sich mit Gewalt die Thüre des Arrests an, was natürlich nicht das geringste Recht hatte, beabsichtigte ihn der Wächter des betreffenden Hauses wegen Raubes einzufangen zu lassen, aber — lesen wir im Chicagoer „Vorboten“ — Herr Forrest ist nicht unwohl ein gerichtlicher Kriminalanwalt und darum erklärte der Wächter mit der größten Gemüthsruhe von der Welt: „Ja, es ist wahr, daß ich eingedrungen und daß ich einen Raub begangen habe, aber dazu habe ich ein wohlverdienenes Recht. Seit nun die Berichte des Obergerichts von Illinois, da findet ihr in Band 122 auf Seite 202 eine Entscheidung des höchsten Gerichtshofes unseres Staates, des Justiz, daß die Polizei vollständig im Rechte war, als sie am 5. Mai 1886 in die Geschäftsräume der „Arbeiter-Zeitung“ einbrach und „Beweismaterial“ gegen Spies und Genossen raubte. Nun habe ich nur genau dasselbe gethan, was damals der Staat that: ich habe für meine Zwecke Beweismaterial gestohlen. Und was dem Einen recht, ist dem Andern billig. Also mag es nur, mich zu verzeihen; ich berufe mich auf die Entscheidung des Obergerichts für den Staat Illinois in Sachen Spies und Genossen.“

Auch darauf weist jetzt der unverschämte „Rechtsmensch“ — und zwar, traurig wie es ist, mit vollem Rechte — hin, daß die Chicagoer Presse den verfassungswidrigen Einbruch der Polizei in der Arbeiterzeitungs-Offize zur Zeit als ein durchaus gesetzliches Akt vollständig billigte und gut hieß.

So finden sich der Staatsanwalt und seine Hintermänner in der Presse im Voraus vollständig schuldig gelegt, unter Ausfuhr des Gesellschafters Grimme in die Offize der „Arbeiter-Zeitung“ die freche Geselch- und Verfassungsverletzung war, welche die Rechts-Gelichte der Vereinigten Staaten aufzuweisen hat.

So rächt sich alle Schuld auf Erden! — Der Knabe Forrest sängt an fürchterlich zu werden — für die herrschende „Ordnung“.

Was es doch für sonderbare Künze gibt. Da lesen wir: „Es ist ein großer Fehler durch die Regierungswiese und die politischen Anschauungen unseres jungen thätigen Kaisers.“ Es sind Kartellblätter (z. B. die „Königliche Zeitung“) und das „Freie Tageblatt“ in seiner Nummer vom 8. v. Mts.), welche dies schreiben. Ein „freier“, „großer“ Jag! Die „Freiheit“ besteht wohl darin, daß alle deutschen Gesandnisse mit politischen Verbrechern gefüllt sind, daß die Hälfte der deutschen Reichsbürger unter Ausnahmefolge gefesselt ist, daß die Polizeiwirtschaft, mit ihrem Gefolge von Demunzianten- und Spitzelthum, so ausgedehnt und auf die Spitze getrieben ist, wie in der modernen Geschichte bisher nichts auch nur annähernd Ähnliches erlebt worden. Und die „Ordnung“ besteht wohl in der Zahl der Reuten und Paraden, welche der „thätigste Kaiser“ schon abgenommen, oder der „Rechtschaffen“, an denen er theilgenommen hat!

Doch wozu sich mit solch byzantinischem Witzhohn beschäftigen? Man könnte am Ende denken, das sei eine besonders starke Verleumdung, und dies ist doch keineswegs der Fall. Derartige ist jeden Tag in neun Zehnteln sämtlicher deutschen Zeitungen zu lesen. Wir sind den alten Phantasmen längst über, wie wir das französische Bad-Campire des Louis Bonaparte längst in Schatten gestellt haben. Wenn wir sagen, daß wir „an der Spitze der Zivilisation marschiren“, so ist das keine winzige Phras.

Ein Angstprodukt erbitender Gattung heißt die Chemnitzer „Presse“ mit. Dasselbe lautet: „Öffentliche Erklärung. Die unterzeichneten Mitglieder des Vereins tangerechtigter Wirthe im Bezirk Chemnitz-Land erklären hiermit öffentlich, daß sie fortan ihre Räume in öffentlichen politischen Versammlungen — gleichviel welcher Partei — nicht abgeben. Am 1. Oktober 1889. Der Verein tangerechtigter Wirthe im Bezirk Chemnitz-Land.“

Dazu bemerkt das Organ der Chemnitzer Arbeiter: „Dazu unter den gegebenen Verhältnissen die Arbeiter, und auf diese und ihre „Großen“ ist doch dieses Angstprodukt abzugeben, sich hätten merken, auf diesen Hohn zu heizen, können sich doch die tangerechtigten Wirthe“ denken. Man weiß ja — und die gegenwärtige Wandtagswahlperiode hat es ja bewiesen, — daß Kartell gar keine Wählerverleumdung abhält und die Deutschfreisinnigen ebenso, also ist das ganze Manöver nur auf die Sozialdemokraten abgesehen. Ob die „Tangerechtigten“ des hiesigen Staates sind, die Arbeiter seien so beschränkt, das nicht einzusehen zu können? Man sollte gar nicht denken, daß es Leute gibt, welche immer noch auf die Dummheit Anderer spekuliren. Wären die „Tangerechtigten“ auf dem Dorfe bisher schon parteilos gewesen, dann könnte es möglich sein, daß sie blind hätten mit ihrer „Erklärung“. Aber so —! Nun, die Arbeiter werden es hoffentlich ablesen können, wie die Zukunft sich gestaltet. Vertrauensworte! — gibt es nicht mehr.“

Aus Deutschland, den 10. Oktober. Die französischen Wahlen sind unseren Reaktionen gar nicht nach Wunsch ausgefallen. Sie hatten vorgesehen, daß ihren Wunschlager geglaubt, und sich der sicheren Hoffnung hingeworfen, daß die Republik, wenn sie auch nicht sofort beim ersten freigelegten Anzeichen ihrer Feinde zusammenbräche, doch die Todes-

wunde empfangen und in ihrem Todeskampf den so heiß ersehnten Beltrief entgegen werde. Eine konstantische Republik, die Deutschland und Italien angreift und den großen Staatsmännern des Bundes Gelegenheit gibt, den Beltriefen gegen die revolutionäre Monarchie zu beschlagen und der Genua — dem Velleitensch — von Republik den Garaus zu machen — das wäre für unsere Wissenschaft die Erlösung aus allen Nöthen gewesen. Die Vorbereitungen waren auf's Beste und auf's Vollständigste getroffen. Die französischen Wahlen auf's Best aus, d. h. so, daß das Kriegsgeheimnis losgelassen werden konnte, dann wäre sofort die Auflösung des deutschen Reichstags erfolgt und die Neuwahlen unter dem Zeichen des Kriegsglücks vorgenommen worden. Eine Durrahmajorität war dann gewiss und Genetir wieder der Herr der Situation. Es ist aber anders gekommen. Der Charakter der französischen Wahlen ist so eminent friedlich, daß auch der sunneste Blüthler es begriff, und die Herren Kartellbrüder, als sie bei der soeben bewählten Ereigniswahl im Wurzener Reichstagswahlkreis den Kriegswaagen aufmarschiren ließen, das überflüssige Möbel sofort wieder einpacken mußten.

Der Sieg der Republik war ein schwerer Schlag für die internationale Reaktion; das mußten auch diejenigen wachser Genossen zugeben, welche durch die geringen Erfolge der französischen Sozialdemokratie um eine Hoffnung betrogen worden sind.

Die Immer in solchen Fällen, sucht die Reaktionspresse die unheimlichen Thatsachen aus der Welt zu lägen, und während die zwei Wiederwähler Bismarck und Waldersee hinter den Kulissen auf einander lospacken, so gut sie nur irgend können, müssen die Regierungsbücher dem deutschen Wahl vorliegen, was wir Deutsche doch für eine feste Musterregierung haben, und wie drüben in Frankreich Alles drunter und drüber gehe, bis zuletzt der „Revanchekrieg“ als letzte Platte des Geißels übrig bleibe.

Freilich, die „Begründung“ der 250-Millionen-Anleihe für Militärzwecke wird ihre Schwierigkeiten haben. Indes die Majorität ist ja gut dreifert.

Die Wurzener Nachwahl hat uns eine kleine Schlappe gebracht. Die Deutschfreisinnigen, die einen populären Volkstribunen hatten und geschickt operirten, haben viel Stimmen gewonnen, die Sozialdemokraten dagegen haben nur in den Städten gewonnen, auf dem Lande aber verloren, was ganz wesentlich dem Umstande zuzuschreiben ist, daß ihr Kandidat — der bisherige hatte abgethan — in dem Kreise unbekannt war, und, daht der Saalabtheilung nicht die Gelegenheit hatte, sich den Wählern vorzustellen. Der frühere sozialdemokratische Kandidat gehörte dem Kreise an, war bei allen Wahlen seit 1874 aufgestellt, und erfreute sich einer großen Popularität. Ein Kandidatenwechsel ist immer gefährlich — besonders in einem vorherrschend ländlichen Wahlkreis, wie dieser es ist. Bei der nächsten Wahl werden diese ungünstigen Momente in den Hintergrund treten.

Nachruf. Am Dienstag, den 8. Oktober verstarb in Lutzenau (Sachsen) im jugendlichen Alter von 35 Jahren Dr. Max Vogler, ein begabter Schriftsteller und Dichter, der, wenn er auch nicht als Parteimann hervorgetreten ist, doch voll und ganz den Grundrissen der Sozialdemokraten anhing und für die Partei der Entertoten, was und wie er nur konnte. Seine Beerdigung erfolgte unter außerordentlich starker Theilnahme von Seiten der Arbeiterschaft Lutzenaus und Umgebend, als auch vieler auswärtiger Vereine. Niedrucht sprach die Grabrede.

Es ist hier nicht der Ort, die literarischen Verdienste des Verstorbenen zu wärdigen, dem Vertreter der Sache des Proletariats ruft auch der „Sozialdemokrat“ nach: Ehre Deinem Andenken!

Aus Dänemark. Kopenhagen, Anfang Oktober. Dieses Jahr scheint ein „Mahljahr“ zu sein, denn auch hier sind die Neuwahlen zum Reichstage in Sicht.

Der die Wahl — hat auch die Qual“, das zeigte nicht allein Frankreich mit seinen Volkstribunen und unerschöpflichen Parteigruppierungen, sondern auch unser Landchen. Wenn man die bürgerlichen Parteien als „impotent“ bezeichnen kann, weil sie nach Bewirkung ihrer Forderungen als „ferlig“ von der politischen Schaubühne abzutreten haben, so könnte die politische Zerstretheit der bürgerlichen Elemente — wie sie fast überall hervortritt — als Beweis Nr. 1 dafür in's Feld geführt werden. Hier, wo man vor ein paar Jahren mit Stolz von der „geschlossenen liberalen Opposition“ sprach, existirt heute nicht die Spur mehr davon; wie „Speyer vor dem Winde“ ist sie zerflogen.

Die liberale Partei, die 1884 mit einer so imponirenden Mehrzahl in das „Folkething“ einzog und den Kampf „bis zum Messer“ gegen Estrup und dessen Anhänger proklamirte, ist schon jetzt so durch und durch verfaul, daß sich die verschiedenen Richtungen derselben untereinander zum Gaudium der reaktionären Elemente auf das bitterste bekämpfen, und bei der bevorstehenden Wahl werden sich Anhänger der „Verbindungspartei“ und der unerschöpflichen „Protestpartei“ in verschiedenen Parteien gegenüber stehen.

Uns Sozialdemokraten sollte dieser Zerfetzungsprozeß natürlich gleichgiltig sein, wir können nur davon profitieren; aber wir können auch eine Lehre daraus ziehen, die allen bekannt nämlich, daß der „Stimmloshheit und das freie Wahlrecht“ allein nicht genügen, der Mehrzahl des Volkes zu seinem Rechte zu verhelfen.

Die „Ante“ hier in Dänemark hatte die Macht, die materielle und auch die moralische, denn drei Viertel der Bevölkerung standen hinter ihr, und wenn — ja wenn diese Macht mit dem gehörigen „Nachdruck“ gebraucht worden wäre, dann hätten wir heute keinen Estrup und vielleicht auch keinen „Christian“ mehr! Statt dessen aber wurde die beste Zeit der politischen Begeisterung mit dem Halten von „großen“ Reden über die „großen Gefühle“ der Revolution verdrängt; Estrup aber war nicht daran, er schickte den Leuten ein paar Duzent provisorische Genesdarmen, auf den Hals, steckte die größten Maulhelden in's „Schot“ und baute ungenirt keine Festungen, während das Volk faurend und mit — in der T a s c h e — geballten Fäusten aush.

Am Ende die ehemaligen liberalen Ministerkandidaten jetzt zahlreiche Parlamentarier und Selbstregiment sind an den Angel gehängt, und die Partei weiß aus Mangel an einem Programm nicht, was sie vor Rath- und Thatsache anders anfangen soll, als ihre eigene Zerfahrenheit in möglichst standstilliger Gestalt zur Schau zu stellen.

Für die sozialdemokratische Partei sollte die Stellungnahme zu den politischen Verhältnissen nunmehr von selbst gegeben sein; um so dauerlicher ist es aber, berichten zu müssen, daß die Partei als solche von ihrer bisherigen Verbindung mit der Linken auch zur kommenden Wahl noch nicht abgehen und noch länger den Schwanz derselben bilden will.

Diergegen hat sich nun eine energische Opposition, mit dem seit April erscheinenden revolutionär-sozialistischen „Arbejdere“ an der Spitze, erhoben, die geltend macht, daß auch hier die Verhältnisse soweit geändert sind, ein unabhängiges und selbständiges Vorgehen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu rechtfertigen, und daß die schließliche Emancipation der Arbeiterklasse doch nur das Werk dieser selbst sein wird.

Die Zeit ist jedenfalls nicht mehr so fern, daß sich die Erkenntnis der Wahrheit dieses Satzes auch hier entscheidend Bahnbricht, denn dem schon jetzt hat sich gezeigt, daß selbst sogenannte „demokratische“ Abgeordnete, die Sozialdemokraten ihre Wahl verdanken, im gegebenen Falle nichts weniger als „Arbeiterfreundlichkeit“ dokumentiren. Wie alles Neue, so hat auch die junge Opposition einen harten Stand, denn Schwärmungen und Verdrängungen regnen auf sie hernieder; doch wenn auch die Welter ist in der heftigsten Welle auseinander plagen, so ist die von unserer Gegnern erhoffte Spaltung nicht zu erwarten, denn eine gesunde Opposition in einer sozialdemokratischen Partei beweist nur deren Lebensfähigkeit. „Situation ist Tod, Unzufriedenheit aber Leben und Fortschritt“ — das möge sich auch hier bewahrheiten. Mit sozialdemokratischem Gruß

Rinaldin. — „Der Schwindige Arbeitstag“. Dieses ist der Titel eines demnächst in der Schweiz erscheinenden Blattes, das den Zweck hat, die Bestrebungen zu Gunsten des schwindigen Arbeitstages in nächere

Verbindung zu bringen und die Leser über den Fortgang der Arbeiterbewegung in Europa und Amerika, sowie über den Stand der Arbeiterbewegung zu informieren.

Die Gründung dieses Blattes erfolgt in Ausführung des dahingehenden Beschlusses des Internationalen Sozialistischen Kongresses in Paris, der zugleich festsetzte, daß dasselbe „allen Arbeiterverbänden, sowie den Vertrauensleuten der Arbeiterorganisationen in den verschiedenen Ländern gratis und franco zugesandt werde, wogegen diese die Redaktion des Blattes durch Benachrichtigung von allen Vorkommnissen auf den genannten Gebieten zu unterstützen haben.“

Mit der Ausführung des Beschlusses wurde die Schweizerische Delegation beauftragt, und diese hat die Vorarbeiten so weit erledigt, daß jetzt an die Ausführung des Beschlusses gegangen werden kann. In Verbindung mit andern Vertretern der Schweizerischen Arbeiterorganisationen ist ein fünfjähriges Exekutivkomitee mit dem Sitz in Zürich gewählt worden, das zusammengefasst ist aus den Genossen: N. Bürkli, Kantonrath, A. Lang, Bezirksanwalt, A. Ranz, Buchbinder, A. Rertl (vom Schweiz. Arbeitersekretariat), diese vier in Zürich, und G. Wullschlegler, Redakteur in Basel. Das Sekretariat und die Redaktion des neuen Blattes ist, wie der „Baseler Arbeiterfreund“ mittheilt, „provisoriell von G. Wullschlegler übernommen worden, welcher die bezüglichen Geschäfte neben der Redaktion des „Baseler Arbeiterfreund“ von Basel aus besorgen wird. Die erste Nummer des „Achtstündigen Arbeitstages“ soll wo möglich Ende dieses Monats zur Anschauung gelangen. Man gedulde bis zum folgenden Monat monatlich eine Nummer, von da ab hingegen das Blatt alle 14 Tage erscheinen zu lassen. Es wird auf das Blatt ein Abonnement eröffnet werden, dessen Höhe vom Exekutivkomitee noch zu bestimmen ist. Die Kosten der Herausgabe des Blattes, welche vornehmlich durch Abonnements nur zum geringsten Theile gedeckt werden können, sind durch freiwillige Beiträge der Arbeiterverbände aufzubringen, die am Kongress vertreten waren.“

Ein Aufruf zur Zeichnung von Beiträgen ist bereits verschickt worden, und es steht zu wünschen, daß denselben allseitig Folge gegeben werde.

Aus Galizien. Ueber den vielermähnten „großen Sozialistenprozess“, der sich jüngst in Lemberg abgepielt und einen — für den Staatsanwalt — so kläglichen Ausgang nahm, berichtet die Wiener „Arbeiterzeitung“:

Lemberg, 4. Oktober. (Ein verfehlter Griff.) Gestern ist vor einem Erkenntnisgerichte des hiesigen Landesgerichts ein Prozess zu Ende geführt worden, welcher, unter dem Namen eines Sozialistenprozesses mit großem Glanz in Szene gesetzt, eigentlich nur ein Nachspiel zu den letzten Landtagswahlen bildete. Bei diesen Wahlen geschah es zum ersten Male, daß die Partei der Kleinbürger den Muth fand, mit Energie gegen die, unter der hohen Protektion des gegenwärtigen Kabinetts zu äppiger Bläthe gediehene Adelsherrschaft Stellung zu nehmen und das demokratische Banner zu entfalten. Einige Siege, welche die Demokraten zu verzeichnen haben, brachten die hochgeborenen Herren in Galizien vollends um ihre Ruhe. Ein Parteilager wurde nach Lemberg einberufen, um zu berathen, wie man einerseits den Fortschritten dieser „revolutionären“ Bewegung Einhalt gebieten, andererseits aber sich an den Führern der Demokratie rächen könne. Ueber Eines waren sich die Herren im Rathe im Vornhinein klar: nur die Polizei könne noch Hilfe schaffen. Da es aber auch beim größten Entgegenkommen der maßgebenden Faktoren unmöglich erschien, die Polizei auf die feindseligen Bourgeois-Demokraten zu heben, so griff man zu dem schon oft mit Erfolg angewendeten Mittel und bezeichnete die ganze Bewegung als eine Arbeit der bösen Sozialisten. Besonders hatte man es auf Boleslaus Wyslouch, Mitglied des Reichstages, abgesehen, welcher im Vereine mit dem ruthenischen Literaten Franko ein Bauerblatt gegründet hat, durch dessen Einfluß der Adel einige Mandate zu Gunsten von Bauern verlor. Die wie überall konservativ-patriotische Bauernbewegung wurde nun von der Polizei mit der demokratisch-patriotischen Bewegung in den Städten in einen Topf geworfen und ohne Schwierigkeit zu einem sozialistischen Drei zusammengefaßt. Nachdem man in den konservativen Blättern das Publikum auf die Existenz einer bedenklichen sozialistischen Verschwörung gehörig vorbereitet hatte, konnte man mit üblicher Pompentfaltung an eine Anzahl von Hausdurchsuchungen und Arrestirungen schreiten. Im Ganzen wurden an zwanzig Personen verhaftet, welche aber, in eine polnische und ruthenische Gruppe getrennt, den Waten zu Nutzen, den Bösen zum abschreckenden Beispiel vorgeführt werden sollten. Die polnische Gruppe wurde unter der Firma Boleslaus Wyslouch und Genossen“ vorgeführt. Das Unglück wollte aber, daß die Polizei, ins Dunkle hineinreichend, einen Hund fand, bei dem es ihr bald selbst unheimlich zu Ruche werden sollte, aber erst später, denn anfangs herrschte heller Jubel ob der gelungenen großen Entdeckung. Bald hieß es in den inspirirten Blättern, die Polizei habe eine „polnische Liga“ entdeckt, welche auf die Vorbereitung Galiziens von Oesterreich hinarbeitet und — möglich ist in Wien — aus lauter wilden Sozialisten bestehe.

Ein großer „Hochverrathprozess“ wurde in Aussicht gestellt, heller Jubel herrschte auf den Schloßern des Adels. Aber nach und nach ward es still und stiller, bis endlich nach dreimonatlicher Untersuchungsarbeit (dies der ganze reiche Nutzen der Herren) eine Anklage so klein und winzig in Tage gefördert wurde, wie sie Niemand erwartet hatte, eine Anklage wegen Geheimhandels nach § 285! Und erst die Beweise! Ein paar Bruchstücke von Briefen aus Warschau bildeten den ganzen Beweisapparat! Bald löste sich aber das Räthsel. Die Polizei hatte in ihrem Eifer die Spur einer polnischen Liga gefunden, also endlich einmal einen wirklichen und wahrhaftigen geheimen Verband. Als aber die Staatsanwaltschaft daran ging, die scheinliche Anklage zu formulieren, da kam „von Oben“ anstatt einer Befolgung eine riesige Kasse mit dem Beschl, allfällige das Ganze ruhen zu lassen. Es hatte sich nämlich herausgestellt, daß diese sogenannte „Liga“ einerseits ausschließlich gegen Rußland gerichtet war und andererseits, daß sie mit sehr hohen Persönlichkeiten in Oesterreich Verbindungen unterhielt, ja sogar mit der Oesterreichischen Regierung offizielle Beziehungen hatte! Da war nun zwar die ganze Freude verborben, aber um doch etwas zu thun, wurde die besagte Anklage auf Geheimhandels erhoben. Worauf diese Anklage fundirt war, werden Sie schon daraus ersehen, daß sogar ein Erkenntnisgericht mit einem Freisprüche vorgehen mußte. Das Publikum rief sich die Augen vor Staunen, als es den Anklageakt hörte. Ein Eingekerkertes der Angeklagten, Genosse Kozłowski, bekannte sich als Sozialist, drückte aber zugleich seine Verwunderung darüber aus, daß er mit diesen Männern auf derselben Anklagebank liege, daß man ihn mit den der reinen patriotischen Richtung angehörenden Mitgliedern konfundieren konnte. Dieses Geständniß hat ihm 14 Tage Arrest eingetragen, während der Hauptangeklagte Wyslouch sammt allen andern freigesprochen wurde.

Wyslouch, ein Mann, dem wir jedenfalls die lauterste Gesinnung perferieren, gehörte einst jener sozialistischen Richtung unter den Polen an, welche im Gegensatz zu der durch die Jankowskis auf dem Pariser Kongresse vertretenen internationalen Gruppe, sich auf streng nationalen Bahnen bewegt, und deren Organ die in Paris erscheinende „Rodzica“ ist. Nach und nach löste sich aber Wyslouch auch von dieser Gruppe los, indem er sich ganz der patriotischen Richtung hingab, nach dem oft in Polen auftauchenden Grundsatze: „Jureit politische Freiheit, dann erst sozialistische Propaganda.“

Auf die Frage des Vorliegenden, ob er Sozialist sei, antwortete Wyslouch, er könne dies nur insoweit behaupten, als „volksfreundlich“ und „sozialistisch“ identische Begriffe genannt werden könnten.

So ist denn auch der große Jubel ein ganz säkularer Kagenhammer gefolgt und eine ellenlange Kasse, welche von Wien an alle Förderer des Prozesses, welche in so ungeheurer Weise die Thätigkeit und die Verbindungen der polnischen Liga aufgedeckt hatten, ex praesidio verschendet wurde, bildet den Epilog. Wir hatten also Recht, wenn wir eingangs die drei Monate Untersuchungsarbeit, welche die Angeklagten zu bestehen hatten, als den ganzen reinen Nutzen „eines hohen Adels“ bezeichnet haben.“

Amerika. Der weitere Verlauf der in der Sozialistischen Arbeiterpartei der „Verinigten Staaten“ angebrochenen Krisis ist ein solcher, daß die völlige Spaltung der Partei geradezu unvermeidlich erscheint. Und es wäre ungerecht, zu

verschweigen, daß die Hauptverantwortung dafür den Mitgliedern der alten New-Yorker Exekutive gebührt.

Wie aus der in Nr. 40 gebrachten Darstellung ersichtlich, hat die Aufsichtsbörde der Partei in Philadelphia keineswegs parteiisch gegen die alte Exekutive Stellung ergriffen. Sie hat alles gethan, um einen Bruch zu vermeiden, sie hat von sich aus keinem der Streitenden Recht gegeben, sondern die Entscheidung der Streitfrage dem Kongress überlassen. Die Mitgliedschaft New-York, sowie die von dieser gewählten Exekutivmitglieder fügten sich dem auch im Interesse der Sache ihrer Anordnungen, nicht so die vier früher genannten Mitglieder der alten Exekutive. Nachdem sie Anfangs die durchaus korrekten Beschlüsse der Aufsichtsbörde anerkannt, warfen sie dieselben einige Tage darauf plötzlich über den Haufen. In einer längeren Erklärung des Aufsichtsraths heißt es darüber:

„Durch dieses (ein am 18. September an den Aufsichtsrath gerichtetes) Schreiben haben Rosenbergs und Genossen zweifellos anerkannt, daß die Suspendirung „von Rechts wegen“ erfolgt war. Wenn aber die vier Genossen dieses Recht auch bestritten hätten, so konnten sie den klaren Wortlaut der Konstitution nicht hinwegleugnen.“

Aber sie fügten sich dem Geheiß, und sie unterbreiteten der Aufsichtsbörde ihre Wünsche. Und diese beschloß in der Sitzung vom 19. Sept., daß die vier Genossen das Recht haben sollen, sich auf der Konvention durch eigenen Delegaten vertreten zu lassen. Die Kosten für den Delegaten sollten von der Partei getragen werden. Dieser Delegat sollte zugleich das Referat über die Streitfrage haben.

Ferner wurde in dieser Sitzung beschlossen, den Kongress auf den 12. Oktober zu verlegen, um den Mitgliedern ein wenig Zeit zu gewähren, sich für den Kongress vorzubereiten.

Durch diese Beschlüsse hatte die Aufsichtsbörde gewiß allen berechtigten Forderungen Genüge geleistet und gezeigt, daß sie einen vollständig unparteiischen Standpunkt einnimmt und gewillt sei, Jedem sein Recht widerfahren zu lassen.

Am Montag, den 23. Sept., aber setzte Rosenbergs den Bevollmächtigten der Aufsichtsbörde in Kenntniß, daß er und Genossen sich wieder als Exekutive betrachten und daß sie nichts anerkennen, das über ihnen stehe. Es sei nochmals aufmerksam gemacht, daß die Suspendirung vom Amt am 17. erfolgt war, und daß diese Leute durch Brief vom 18. Sept. an die Aufsichtsbörde die Suspendirung anerkannt hatten. Trotzdem wagten es diese Leute, am 23. Sept. zu erklären, daß sie die National-Exekutive seien. Und sie wagten es, sich mit einem vom 19. Sept. datirten Zirkular an die Mitglieder zu wenden, in dem sie als „Nat.-Exk.-Komitee“ bekannt machen, daß die Konvention am 28. Sept. stattfindet. Und diese Leute haben die Stirn, im Zirkular zu behaupten, daß das Parteiorgan sich vollständig in den Händen des Feindes befinde.“

Genossen! Es ist nicht notwendig, dem klaren Sachverhalt gegenüber viele Worte zu verlieren. Euer Rechtsgefühl wird Euch sagen, was Ihr zu thun habt. Euer Rechtsgefühl wird Euch sagen, daß Ihr den Anordnungen dieser Verräther, die sich den Titel „Nat.-Exk.-Komitee“ bellegen, nicht Folge leisten könnt. Es liegt klar auf der Hand, daß diese Leute keine Parteidisziplin anerkennen und daß sie nicht die geringste Rücksicht auf das Wohl der Partei nehmen, und daß ihnen ihre eigene Person über Alles geht.“

Diese Erklärung ist für unsere Stellungnahme entscheidend. Und weiter ist entscheidend, daß die sog. Exekutive, gestützt auf eine höchst willkürliche Auslegung einer Urabstimmung der Partei, wirklich zum 28. Sept. eine Konvention nach Chicago einberief, von der sie im Voraus sich sagen mußte, daß sie nur mangelhaft, nur von Leuten, die sich auf ihre n Standpunkt stellen, bestrickt werden und so zur Spaltung der Partei führen werde.

Das ist denn auch geschehen. Nach allem, was wir bis jetzt gelesen, hat die Konvention, die aus wenig über 12 Delegirten bestand, ein Theil darunter Leute am Ort mit Mandaten anderer Sektionen, Beschlüsse gefaßt, die den Bruch unvermeidlich machen. Am ersten Verhandlungstag stellte Hejner aus St. Louis den Vermittlungsantrag, die Konvention solle, um ihr formales Recht nicht aufzugeben, sich bis zum 12. Okt. vertagen, damit alsdann eine Versammlung beider Kongresse stattfinden könne; der Antrag wurde aber abgelehnt, worauf Hejner die Konvention verließ. Im weiteren Verlaufe wurde beschlossen, die New-Yorker Sektionen mit Ausnahme der ameritanischen, ebenso den Aufsichtsrath in Philadelphia, zu suspendiren (?); Rosenbergs und Genossen wurden beauftragt, Schritte zu thun, um das Parteieigenthum möglichst bald zurückzugewinnen — nämlich zivillrechtliche Klagen gegen den Aufsichtsrath einzuleiten, und Buße kündigte sogar an, er werde Schweigen, Praes, Juben und Bogen unter der Auflage der „Verwahrung“ verhaften lassen. Außerdem wurde eine Aenderung des Parteiprogramms beschlossen und der Name der „Partei“ in „The Socialist Party of the United States“ abgeändert, d. h. das Wort „Arbeiter“ aus ihrem Namen gestrichen. Auf die gegen Mitglieder der Opposition in New-York erhobenen Anklagen gehen wir nicht ein, erstens können wir sie nicht unteruchen und zweitens zeigt das Vorgehen der Ankläger, daß ihnen jedes objektive Urtheil verloren gegangen ist — daß wir ihre prinzipielle Auffassung nicht theilen, haben wir schon in voriger Nummer gesagt.

Die Streichung des Wortes „Arbeiter“ aus dem Parteinamen kann uns in dieser Hinsicht nur bekümmern. Persönlicher Erregung, der Leidenschaftlichkeit im Konflikt halten wir vieles zu gut, aber wer der Sozialdemokratie den proletarischen Charakter abschreiben will, hat uns zu seinen Gegnern. Und das wollen die Veranstalter der Chicagoer Konvention, wie folgender Satz aus einer von ihnen in der „Einigkeit“ veröffentlichten Erklärung ergibt. Die Haltung der Parteiorgane, sowie der Unterzeichneten in ihrem Amte, war in strikter Harmonie mit den Parteibeschlüssen, die sich wohlweislich aber alle jene schon alterthümlich gewordene Vortradition (1) von der Erweckung des Klassengeistes und der Nothwendigkeit einer proletarischen Bewegung (womit selbst Scheinheiliger heututage keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlocken kann) endlich hinweggefegt in der weissen Erkenntniß, daß die Wahrheiten, die der Sozialismus lehrt, das Gemeingut aller Menschen und nicht bloß einer Klasse ist und daß daher eine von ihm ausgehende Bewegung zu einer mindestens nationalen, nicht nur proletarischen (was immer unter dieser elassischen Bezeichnung zu verstehen sein mag) gemacht werden muß. Das hat die Partei erkannt, darum ladet sie alle Bürger, ob Proletarier oder Bourgeois, ob Kapitalist oder Feudalist, die mit ihren Prinzipien einverstanden sind, ein, in ihre Reihen einzutreten.“

Leute, die solche Sätze schreiben, stehen auf einem Boden, der den Grundlagen unserer Partei entschieden widerspricht.

Korrespondenzen.

Paris, Ende September. Den auswärtigen Genossen theilen wir hierdurch mit, daß der im Juni 1886 gegründete Deutsche Sozialistenklub in Paris“ mit dem 1. Oktober aufgehört hat, zu existiren. Auf Antrag eines Mitgliedes entschied sich die Majorität des Klubs in der Mitgliederversammlung vom 4. September, nach stattgehabter Diskussion, für die Auflösung und den Anschluß an einen der beiden hier noch bestehenden sozialistischen Klubs, den sozialdemokratischen Kreisclub. Wir bringen hiermit diesen Beschl. zur Kenntniß der auswärtigen Genossen, und zwar namentlich derjenigen, welche unserem Klub während der drei letzten Jahre angehörten. Die Beauftragten.

Sozialistische Presse und Literatur.

Paul Kampffmeyer, Junfer und Bauer. Zur Entwicklung unserer Agrarverhältnisse.“ Berlin, Verlag der „Berliner Volks-Tribüne“.

Dieses Schriftchen, welches das siebente Heft der „Berliner Arbeiter-Bibliothek“ bildet, gibt in knapper Umrissen ein Bild der „Expropriation“ der deutschen Bauern durch die „Gezeiten der Nation“, sowohl im Mittelalter, als in der neueren Zeit, bis zur sog. Stein- Gärdenberg'schen Bauernbefreiung im Anfang dieses Jahrhunderts, die selbst noch „eine ausgebeutete Expropriation der Bauern zu Gunsten des Adels“ bedeutete. Eine lebenswerthe Arbeit, die, mit Beglückung einiger, auf theoretisch geklärte Refer berechneter Wendungen und entsprechenden Zusätzen, sich zu einer Propagandaschrift auf dem Lande eignen dürfte.

Oesterreichischer Arbeiterkalender für das Jahr 1890. Bräun. Verlag der Redaktionen „Volksfreund“, Brünn, und „Sozialdemokratische Monatschrift“, Wien.

Der Kalender unserer Oesterreichischen Genossen bringt auch dieses Jahr eine Fülle theils belehrenden, theils unterhaltenden Lesestoffs. Von dem ersteren heben wir hervor: Die Arbeitergesetzgebung Oesterreichs. (Egal.) — Sozialismus und Darwinismus (N. Kantak). — Jodet und Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen. (H.) — Die Frau im Alterthum. (N. Kantak). — Arbeitskraft, Werth der Arbeitskraft und Kapital. (R-1.) Weiter enthält der Kalender eine sozialpolitische Rundschau auf das Jahr 1888-89 aus der Feder Emil Krallik's, sowie einen kurzen Lebensabriß unseres unvorgehenden Joh. Phil. Beder, dessen wohlgetroffenes Porträt, sowie ein Verzeichniß der Arbeitervereine und Krankenkassen in Oesterreich-Ungarn.

Del Socialismo, Conferenza del Prof. Antonio Labriola, Rom, Ed. Perino.

Aus Pizze geht die erste Nummer eines neuen anarchistischen Blattes „Associazione“ zu. Dieselbe befaßt sich mit der Angelegenheit des Attentats der Anarchisten Bini und Permaggianni gegen den Revolutionär Gelfo Ceretti und polemisiert gegen ein in Reggio Emilia erscheinendes sozialistisches Blatt „La Giustizia“ (die Gerechtigkeit), das angeführt hatte, Leute wie Permaggianni könne man, vom rein menschlichen Standpunkt betrachtet, als in einem Wahn befangen, milde beurtheilen, als gemeingefährliche Personen gehörten sie hinter Schloß und Riegel, und nennt seine Darlegungen eine „Berichtigung“. Welchen Namen jedoch das Attentat selbst verdient, sagt es nicht.

Sonstige Bücherchau.

Oskar Muser, Sozialistengesetz und Rechtspflege (Theorie und Praxis) eine mit ausnehmenden Beispielen belegte Studie für Juristen und Juristen. Karlsruhe, A. H. Dillinger. Sehr verdienstvoll. Der Verfasser, Rechtsanwalt in Offenburg, weist an der Hand einer Anzahl behördlichen Maßregeln, Prozessen u. die „erzieherische Wirkung“ des Sozialistengesetzes in Bezug auf Behörden und Richter in seinem engeren Heimathlande, Baden, nach. Die einzelnen Kapitel behandeln: 1) Der Sozialismus und das Sozialistengesetz, 2) Verurteilung, 3) Verurtheilung, 4) die Freiheitsstrafe vor badischen Bezirksämtern, dem badischen Landestammrath und der Reichskommission in Berlin, 5) Ein Sozialistenprozess vor der Strafkammer und dem Reichsgericht, 6) Die persönliche Freiheit und die Unterjochungshaft. Das siebente, Schluss überschriebene Kapitel lautet kurz und bündig:

„Wer leidet den Fortbestand des Sozialistengesetzes für eine Nothwendigkeit erklärt, oder zwar dessen Aufhebung, aber die Aenderung, d. h. Verschärfung, des allgemeinen Strafgesetzbuches angeht, hat der halte sich das Zeugniß vor Augen, welches sich die Praxis selbst ausgesprochen hat, verziehe sich ernstlich in den Gedanken, daß es nicht nur darauf ankommt, was ein Gesetz will und soll, sondern hauptsächlich auch, was es kann, vor Allem aber, was die Praxis ihrer leibigen Ausführung nach aus ihm machen wird, daß man ferner nicht bloß das Recht, sondern auch die Juristen auf seiner Seite haben muß, und überlasse dann die weiteren Entschleppungen seinem — Gewissen.“

Briefkasten.

der Expektion: = Grd. Jrd.: Fr. 2. — Ab. 4. Du. erh. — J. Kps. Jrd.: Fr. 4.50 Ab. 3. Du. erh. — Psg.: M. 1.65 f. Ab. 4. Du. u. Schft. erh. — Köhrl: M. 35.40 für die. Ab. 2. u. 3. Du. u. 1. Grpl. 4. Du. erh. bis. Fr. 2. — Ab. 4. Du. erh. — Vrt. Jrd.: Fr. 2. — Ab. 4. Du. erh. — J. Pkn. Jrd.: Fr. 2. — Ab. 4. Du. erh. — Ppbrg.: Fr. 16.53 Ab. 4. Du. u. Schft. erh. Becheltis folgt. =

Brutus: Fr. 62. — a. Gto. Ab. x. am 10/10 eingeg. — Rubicon: M. 21. — a. Gto. Ab. x. erh. u. M. 7.20 per Beträge gutgebracht u. Beilage bejort. — J. D. Hdr. S. Francisco: Doll. 2. — Ab. 4. Du. 89, 1. Du. 90 u. per Schft. erh. Doll. 1. — für Revision zur nächsten Reichstagswahl dem Wahlfond dts. zugewiesen. Schriftenbesitz sowie Sozialdem. Bibliothek mit Nr. 41 u. 42 abgg. — F. G. B.: M. 5. — Ab. 4. Du. erh. — G. P. Dd.: S. 16.6. Ab. R. 89 u. a. Gto. 90 per G. u. B. L. erh. — G. G. B.: M. 7. — f. Dtschft. erh. Mehrst. folgt. — Rubicon: M. 68.40 Ab. 3. Du. erh. u. von Weiterem Nothig genommen, mit den Bmks. befallen wir uns nicht mehr. — Pastor Weller: M. 14. — per Ab. 4. Du. erh. u. Ab. notirt. — W. G. Charleston: Doll. 3. — a. Gto. 4. Du. x. erh. — Edg. freuzte mit Ansgug. — Verein Vorwärts B. Aires: Pfd. 25. — (per Fr. 625. —) a. Gto. Ab. x. erhalten und Sp. 16. — v. L. mit Bsta. verredmet. Pfd. 14.4. — f. d. gemah. regellen Genossen in Deutschland d. Hds. dts. zugewiesen. Weiteres bejort. M. u. Pfdg. v. 12/3 hier. Fr. P. A. Becheltis am 11/10 abgg. — Sirius: Nach. v. 8. am 11/10 beantragt. Bezüglich ist rechtzeitig antwortet worden. — Gr. Anlangendes bh. — Chicago Cds. H.: Pfd. 102.5. — pr. Jul. Pant am 23/9 erh. Erwärthen bis jetzt Ihre nähere Bestimmung vergebens. — Panzerstift: Dtschft. 12. u. Ab. notirt. Freitich müssen Sie das Erscheinen der 2. Aufl. abwarten. Antivirtet erwartet. M. mehr. — P. Gde. La Roche-sur-Y.: Fr. 2.50 Ab. 4. Du. erh. u. Ab. notirt. — Rofthe Schweifebände: M. 20. — f. Dtschft. x. erh. u. Becheltis. notirt. — J. A. Fortin. Amsterdam: Fr. 25. — und Fr. 20. — a. Gto. Ab. x. erh. Weiteres wie Bestellung am 15/10 abgegangen und brieflich dargelegt. — Nibel: M. 100. — a. Gto. Ab. x. erh. Pfdg. folgt. M. mehr. — Tranzucht: M. 77.05 a. Gto. Ab. x. erh. Weiteres liegt an der Posthand oder den Empfangen. — Br. Regu.: S. 15. — per Jucaffo b. d. L. Fr. B. a. Gto. gutgebr. Näheres bh. — Letztlich Kropfenbogen: Pfd. 1.11.10 der Dtschft. erh. Edg. abgg. Weiteres demnach. — Scheibe: M. 4.40 Ab. 4. Du. erh. Sehr schön. Aber leider scheint „das Alte“ Alles vergebens. — Verdert: Nach. v. 10. erh. u. am 14/10 beantragt. Wir gratuliren, erwarten aber, daß uns jetzt endlich v. alle Arbeit geschaffen wird. — Dal u. Co. Hier: S. 1.1 f. Dtschft. erh. — Höber u. Co. Hier: S. 6. — f. Dtschft. erh. — Leopold: M. 8. — per Ab. 4. Du. erh. M. var intact, nicht aber nicht M. 9. — wie angegeben. Näheres bh. — G. H. S. Regu.: M. 8.50 Ab. Rest 4. Du. erh. Sba. abgg. — Kofher Geb. sad: M. 528.20 direkt u. M. 500. — per G. u. Gto. Ab. 3. Du. x. erh. u. M. 68.45 per Gr. gutgebr. Pfdg. u. Ab. notirt. M. mehr. — A. R.: M. 40. — a. Gto. Ab. x. erh. u. Weiteres ab Notam genommen. Pfdg. folgt. — J. B. Wdt. Amtd.: M. 30. — per M. D. a. Gto. Schft. x. erh. Bf. abgg. Nem. erhalten. — Fernandez: M. 200. — a. Gto. Ab. x. erh. Edg. stets dem auch mit der alten „Antie“? Dank für Notiz betr. D. Bitten doch noch Näheres zu erforchen. Bh. am 14/10 mehr. — Johann: M. 2000. — a. Gto. Ab. x. erh. Bh. am 14/10 hier. Ref. scheint zu stimmen. Ergänzung je eher je besser. Pfdg. u. Bf. folgt. — Porto Alegre G. G.: Selbweis v. 12/9 am 14/10 erh. u. Weiteres erwartet u. beachtet. Nachstg. folgt. — G. B. Pdu.: S. 1.3 f. Bdr. erh. — G. A. B. B. London: Pfd. 5. — a. Gto. Ab. x. erh. Weiteres erwartet. — Bilder: Ihre Wünsche werden sich erfüllen, wie unsere Zusicherung, daß wir stets nach Kräften beitragen werden. — Clara: Am 10/10 nach Vorchrift bejort und Weiteres notirt. — Baltazar: G. not. Dtschft. Nota beträgt R. 16.25. Bh. am 16/10 Näheres. — Kamhas: Wie am 15/10 bh., so bestätigen hier Eingang der Nachr. vom 10. u. 12/10, sowie das 7bb. u. P. Sba. nebst Beil. wofür freundl. danken. Ihr A. K. kling als ob zwei Bl. an W. abgg. wären. Aufschluß dringlich. — Die Sdr., Paris: Frs. 2.50 Ab. 4. Du. L. erh. — St. Florian: M. 10. — a. Gto. Ab. erh. Excom. untl. Andros. sofort. Erneuer. im Rückf. abgehoben. Unsere Segen zur dauernden Aufe. Sr. Heiligkeit. — Urania: Nachr. v. 14/10 erh. u. Beil. bejort. Bitten f. d. Red. Bestimmung doch auf ein separates Blättchen zu schreiben und überhaupt Geschäftsbes. und Anderes stets zu trennen. Brief folgt. — Claus Groth: M. 3.10 p. Gegent. gutgebr. Ab. u. Pfdg. not. — Anders: Am 10/10 Ksist. ermt. u. berichten über Erfragtes bh. Dtschft. erledigt 10/10 abgg.